

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Schatten Hitlers

Die Welle antisemitischer Schmierereien, die am Weihnachtsabend in Köln ihren Anfang nahm und sich über ganz Europa ausbreitete, hat nach 15 Jahren das Schreckbild der Hitlerschen Diktatur wieder heraufbeschworen. Mit Besorgnis nahm man zur Kenntnis, daß es heute noch Unbelehrbare gibt, die weiterhin den Rassenhaß predigen, und verblendete Jugendliche, die sich dazu hergeben, anonyme Schmähungen an Wände und Mauern zu pinseln. Man wurde aufmerksam auf das Erscheinen extrem nationalistischer Bewegungen wie der sogenannten Deutschen Reichspartei in der Bundesrepublik und gab sich Rechenschaft von der jüdenfeindlichen Tätigkeit ehemaliger Nationalsozialisten im Dienste Nassers sowie von der Propagandatätigkeit krankhafter Rassenfanatiker in Schweden.

Das Wiederauftauchen der nationalsozialistischen Symbole ist in erster Linie deshalb bedenklich, weil es der *kommunistischen Propaganda* Nahrung liefert. Für die politische Beurteilung spielt es eine relativ geringe Rolle, ob die Hakenkreuzschmierereien von kommunistischen Agenten, von kommunistisch infiltrierten rechtsextremistischen Gruppen oder von eigentlich neonazistischen Kräften ausgelöst worden sind. Das entscheidende Faktum ist, daß die Kommunisten ein neues Mittel in Händen halten, um die Beziehungen zwischen Bonn und den Westmächten zu vergiften, was ihnen offenbar bei einem Teil der britischen Öffentlichkeit bereits gelungen ist. Dieses Ziel streben sie nicht erst seit kurzem an; es gehört in den ganzen Zusammenhang der Koexistenzoffensive Chruschtschews, die darauf angelegt ist, die Friedenssehnsucht der westlichen Völker zu fördern und gleichzeitig die Bundesrepu-

blik als «Herd des Kalten Krieges» und «Brutstätte aggressiver Pläne» zu isolieren. Die Sowjetkommunisten lassen sich dabei durch die Tatsache gar nicht stören, daß das einzige Land, wo es nach 1945 zu Judenverfolgungen kam, ausgerechnet Rußland ist. Niemand ist so wenig berechtigt wie die Sowjetunion, jemand wegen Antisemitismus anzuklagen, und doch besteht die Gefahr, daß da und dort etwas von den Anschuldigungen haften bleibt und das Vertrauen in die deutsche Demokratie untergraben wird.

Vor dem Hintergrund der kommunistischen Ziele gesehen, muß man sich hüten, die Vorkommnisse in Deutschland unnötig zu dramatisieren. Wohl ist ein *latenter Antisemitismus* zweifellos auch heute verbreitet, der aber bisher nur in Einzelfällen an die Oberfläche gelangte; er geht zusammen mit jener keineswegs ausgestorbenen Art nationaler Selbstüberschätzung vieler Deutscher, die heute noch das grundsätzlich Kriminelle der Hitlerpolitik nicht einzusehen vermag und den einstigen Führer nur wegen der von ihm begangenen «Fehler» verurteilt. Man darf sich darüber nicht wundern, geht doch das deutsche Sendungsbewußtsein weit vor Hitler zurück, der es sich diabolisch zunutze machte. Beruhigend ist jedenfalls, daß die Kräfte, die den Mythos vom verlorenen Reich hegen, politisch eine ausgesprochene Sektiererexistenz führen. Nichts läßt befürchten, daß sich daran so bald etwas ändern könnte. Man kann noch mehr sagen: Es war zu erwarten, daß der Schatten Hitlers nach ein, zwei Jahrzehnten eines Tages aus den unverarbeiteten Sedimenten der deutschen Vergangenheit heraufsteigen würde. Daß es in dieser relativ harmlosen Form geschah, ist ein Zeichen der *politischen* — und wirtschaft-

lichen — *Stabilität* des heutigen Deutschlands. Wenn die Hakenkreuzepisode den Anstoß zu einer neuen und gründlicheren Auseinandersetzung mit der unbewältigten Vergangenheit gibt, mag sie schließlich sogar mit einer positiven Bilanz abschließen.

Zum Phänomen der sich in kurzer Zeit über ganz Europa verbreitenden Hakenkreuz-Psychose ist noch beizufügen, daß die moderne Publizität, die Flut von Schlagzeilen und Bildern, hauptsächlich dafür verantwortlich ist, daß es zu einer regelrechten Kettenreaktion kam. Der Wunsch, in der Zeitung zu erscheinen, stand einem großen Teil der sekundären, durch Zeitungs- und Radioberichte ausgelösten Aktionen zu Gevatter. Damit nähern wir uns dem Bereich des Halbstar Kentums, wo ebenfalls die Publizität das Medium der Ausbreitung liefert. Auf dem Boden des Halbstar Kentums ist prozentual der größte Teil der Hakenkreuzschmierereien zu lokalisieren; das Zeichen des Nationalsozialismus an die Wand zu malen, ist für viele eine andere Form der Auflehnung gegen Eltern und zivile Autoritäten, bedeutet Durchbrechung eines von der Gesellschaft verhängten Tabus, wie sie sich sonst in rohen Tötlichkeiten zu verwirklichen sucht.

Absetzungen in der Sowjetunion

In der Sowjetunion gibt es deutliche Anzeichen innerer Auseinandersetzungen. Das Zentralkomitee erließ eine Verfügung über die ideologische Arbeit der Partei, in der ein Nachlassen in der Indoktrinierung der Parteimitglieder getadelt und den Vergehen des «Apolitismus», «Nationalismus» und «Kosmopolitismus» der Kampf angesagt wird, was mit andern Worten heißt, daß es in Sowjetrußland und selbst in der Partei nicht nur linientreue Sowjetmenschen, sondern Leute gibt, die mit Ideologie in Ruhe gelassen werden möchten, solange die Wirtschaft funktioniert, Leute, denen die einseitige Beherrschung der angeblich selbständigen Sowjetrepubliken durch die Russen zuwider ist, und schließlich solche, die sich für das Leben

im Westen interessieren und zum mindesten das Recht in Anspruch nehmen, ihre Lage mit der in den kapitalistischen Ländern vergleichen zu können. Das Dokument scheint eine Spitze gegen *Michail Suslow* zu enthalten, der als führender Ideologe für die Schulungsarbeit der Partei verantwortlich ist. Suslow ist neben Chruschtschew der einzige Kommunistenführer des inneren Bereichs, dessen Tätigkeit in die Zeit Stalins zurückreicht, und deshalb betrachtet man ihn als den letzten gefährlichen Rivalen des heutigen Partei- und Staatschefs. Man weiß auch, daß vor allem die Männer um Suslow Chruschtschews praktischen Methoden in der Lösung wirtschaftlicher Fragen mißtrauisch gegenüberstehen, daß sie Vorbehalte gegen seine Koexistenzpolitik hegen und die Reise nach Amerika sowie den ganzen Kulturaustausch mit westlichen Ländern ungern gesehen haben. Wenn Chruschtschew es gegenüber den Ideologen möglicherweise bei einer Warnung bewenden läßt, so hat er nicht gezögert, zwei seiner engsten Kumpane aus der Zeit seines Aufstiegs, *Kiritschenko* und *Beljajew*, die durch ihn in höchste Ämter aufgestiegen waren, kurzerhand fallenzulassen. Im Gegensatz zu Stalin, der stets die Rache der Gedemütigten fürchtete und sie der Geheimpolizei auszuliefern pflegte, begnügt sich Chruschtschew als aufgeklärter Tyrann mit der Versetzung zum Bewährungsdienst auf unbedeutende Posten. Trotz diesem humaneren Aspekt folgt aber auch er dem Gesetz, daß ein Diktator, um an der Macht zu bleiben, gezwungen ist, jeden aus seiner Umgebung zu beseitigen, der ihm als Rivale gefährlich werden könnte.

In lebhaftem Kontrast zu den Vorgängen in der Führung des Sowjetreichs steht die Tatsache, daß Amerika sich wieder einmal anschickt, in einem kostspieligen, kräfteverzehrenden und die gesamte Außenpolitik der USA blockierenden Verfahren einen neuen Präsidenten zu wählen. Bereits sind die ersten Entscheidungen über die Kandidaturen gefallen. Der dem sagenhaften Erdölimperium der Rockefeller entstammende Gouverneur

von New York, Nelson Rockefeller, hat auf seine Nomination verzichtet, nachdem er zur Überzeugung gelangte, daß er mit der Popularität des gegenwärtigen Vizepräsidenten Nixon nicht konkurrieren könne. Damit ist außer *Richard Nixon* kein anderer republikanischer Kandidat mehr in Sicht. Bei den Demokraten gibt es bisher zwei ernsthafte Bewerber, Senator *Humphrey* und der junge, dynamische Senator *Kennedy*, der allerdings Katholik ist, was bisher immer als Hindernis für die Präsidentschaft angesehen wurde, während andere, wie Adlai Stevenson, sich vorläufig im Hintergrund halten.

Pinay und de Gaulle

In Frankreich ist es innerhalb der Regierung zu einem Konflikt gekommen, der mit dem Ausscheiden des Finanz- und Wirtschaftsministers Pinay aus dem Kabinett Debré endete. Die Verfassung der V. Republik gibt dem Präsidenten die Macht, die Funktionen eines Regierungsmitglieds als beendet zu erklären; de Gaulle machte davon Gebrauch, nachdem es im Ministerrat zu heftigen Diskussionen gekommen war. Streitgegenstand bildete gegen außen die Finanzpolitik, in der Pinay unbestreitbare Erfolge erzielt hat. Durch Abbau der Subventionen und Sozialleistungen gelang es ihm, das Budget zu sanieren und gleichzeitig durch Liberalisierung des Außenhandels die Zahlungsbilanz zu verbessern. Pinays Politik stieß aber bei einem Teil der übrigen Minister, die sich in ihrer Aktivität durch die ihnen auferlegte «Austerity» beengt sahen, auf Widerstand. Gegen seinen Willen wurden Lohnerhöhungen für staatliche Angestellte beschlossen und eine Aktienrechtsreform eingeleitet, die eine Beteiligung der Arbeiter an der Führung der Betriebe im Sinne eines alten gaullistischen Postulats vorsieht. Der Konflikt Pinays mit de Gaulle erschöpft sich jedoch nicht im Wirtschaftlichen, was schon daraus hervorgeht, daß der Nachfolger im Finanzministerium, Baumgartner, genau die gleichen wirtschaftspolitischen Auffassungen vertritt. Man muß, ohne

Näheres zu wissen, annehmen, daß sich der Streit um die allgemeine Orientierung des De-Gaulle-Regimes drehte, daß Pinay die Außenpolitik des Generals kritisierte, der trotz der vermeintlichen Überbrückung der Gegensätze in den Gesprächen mit Eisenhower an seiner *Obstruktion gegenüber der Nato* festhält. Zu Beginn des Jahres sind die letzten amerikanischen Jagdbomberverbände aus Frankreich abgezogen worden, weil de Gaulle die Lagerung von Atomwaffen, über die er keine Verfügung hat, auf französischem Boden nicht gestatten will, und noch immer widersetzt er sich der Integrierung der taktischen Luftstreitkräfte der Nato unter einheitlichem Kommando, die die Hauptvoraussetzung ihrer Wirksamkeit im Falle eines Angriffs bildet. De Gaulles Befangenheit in seinen irrealen Großmachtideen forderte Pinays scharfe Gegnerschaft heraus; er sieht auch dem Besuch Chruschtschews in Frankreich mit Unbehagen entgegen, da er anscheinend fürchtet, der General könnte sich erneut auf das Abenteuer eines französisch-sowjetischen Zusammenspiels einlassen. Pinay nahm seinen Abgang mit den Worten, er halte sich Frankreich jederzeit zur Verfügung. Die Vermutung ist wahrscheinlich nicht zu weit hergeholt, daß er daran denkt, später aus der Versenkung wieder aufzutauken, vielleicht sogar um die Nachfolge de Gaulles im Präsidentenamt anzutreten.

Inzwischen ist es in Algerien zu einer schweren Krise gekommen, die die Fortsetzung der von de Gaulle verkündeten Politik des Selbstbestimmungsrechtes in Frage stellt. Wenn es sich bewahrheitet, daß die Armee das Eingreifen gegen die rebellierenden Nationalisten von Algier verweigert, wird de Gaulles Macht eine schwere Einbuße erleiden. Damit könnte das Problem seiner Nachfolge unvermutet aktuell werden. Wer immer die Aufgabe zu übernehmen hat, Frankreich aus dem algerischen Dilemma herauszuführen, er wird sich vor schwerste Entscheidungen gestellt sehen, die so oder so zu weiterem Blutvergießen führen müssen.

Nemo

Wird Berlin ein neues Jalta?

Mit der Politik ist es so bestellt wie mit der Natur. Beide vertragen kein Vakuum. Bildet sich ein solches irgendwo, so wird es bald durch neue Elemente ausgefüllt. Diesem Gesetz kann nicht entronnen werden. Das ist wohl eine Binsenwahrheit, aber manchmal hat man den Eindruck, daß gerade die simplen Begriffe und Normen des politischen Lebens in unserem Zeitalter übersehen werden, weil man entweder die oft nicht gerade verlockende Wirklichkeit voll zur Kenntnis nehmen will, oder den Phantomen nachjagt, die es einfach nicht gibt und nicht geben kann.

Zu derartigen Phantomen gehört der Traum oder vielleicht sogar das Trauma der Möglichkeit einer «friedlichen Koexistenz» mit dem Kommunismus. Seit 1917 üben sich die Sowjets in einem systematischen Betrügen der Völker und ihrer Regierungen mit Hilfe von Verträgen, die dazu angeboten werden, um sie bei der ersten günstigen Gelegenheit zu zerreißen; aber wir tun so, als ob wir in jeder neuen Situation die Erfahrungen der Vergangenheit nicht kannten. Und das in einem Zeitalter, in dem sich etliche Positionen der analytischen Bücher über das Wesen des totalitären Sowjetkommunismus angehäuft haben, in dem die Soziologie als eine wissenschaftliche Disziplin einen bisher nicht dagewesenen Blütstand erreicht hat und die unterjochten Völker Osteuropas den Wert der russisch-kommunistischen Versprechungen und Pakte am eigenen Leibe zur Genüge erproben.

Diese bitteren Feststellungen kommen einem erst dann voll zum Bewußtsein, wenn man die aktuelle Entwicklung an der Naht der beiden Welten, in Berlin, beobachtet. Ein Jahr und ein Quartal sind vergangen, seitdem der russische Diktator Chruschtschew dem Westen seinen Fehdehandschuh wegen Berlin hingeworfen hatte; die Gefahr der dadurch heraufbeschworenen Kampfsituation ist wohl bei den Gegnern des streitbaren Herrn voll erkannt worden, aber die daraus gezogenen Lehren scheinen bei manchen in

Frage kommenden Widersachern den Mut nicht gesteigert zu haben. Niemand unter den Chronisten und Zuschauern dieses bereits begonnenen, aber noch nicht ausgetragenen Duells wird die Stirn haben, um die Unterschiede zwischen den früheren Turnieren in den Epochen der konventionellen Waffen und der heutigen Verteidigungsmittel leugnen zu können. Aber vielleicht gerade dieser Umstand ist von der westlichen Seite nicht gebührend berücksichtigt und in vollem Umfang ausgespielt worden. Aber darüber später; was zunächst zu klären ist besteht einfach in der Frage, woher unsere Indolenz in dem Parieren der sowjetrussischen Aktionen rührt?

Quelle der westlichen Indolenz

Um die Diagnose für die denkbar gefährliche Krankheit unseres Systems zu geben, braucht man keineswegs ratlos wie vor einer Sphinx dazustehen. Die Bazillen können leicht entdeckt und definiert werden. Es ist nicht die Altersschwäche der parlamentarischen Demokratie, die über keine Abwehrstoffe gegen die sich ausbreitende Epidemie des östlichen Totalitarismus verfügt. Derartige Resistenzmittel sind reichlich vorhanden in unseren Freiheitsidealen, politischen Institutionen, wirtschaftlichen Quellen; nur die Doktoren scheinen keine gute Therapie angewandt zu haben, denn diese Therapie — um im Bilde zu bleiben —, welche sie jetzt anwenden, führt dazu, daß der Patient, das heißt der Westen, laufend geschwächt wird. Denn das ist die Medizin, die bereits vor dem Kriege gegen Hitler und nach dem Kriege eine Zeitlang gegen Stalin angewandt wurde und die schlicht «Appeasement» heißt.

Für die Kurpfuscherei muß in der Politik schwer bezahlt werden. Das haben zunächst, obwohl unverschuldet, die Völker der Sowjetunion bitter erfahren müssen, als die gesamte Koalition der Interventionsstaaten vor dem Bolschewismus kapitulierte und zahl-

reiche Nationen dem grausamen Schicksal überlassen hatte. Sogar dann, als ganze Schichten und kompakte Kreise der Nationen ausgerottet wurden, hat man diesem Verbrechen kaltblütig zugeschaut, um später eine geistige Grundhaltung einzunehmen, die etwa der bekannten Floskel im Nachkriegsdeutschland gleichkommt: «Wir haben es nicht gewußt.»

Dieser lange Reigen weist fatale Zusammenhänge auf. Die brutale innere und äußere Expansion Hitlers wollte man mit der «friedlichen Koexistenz» eindämmen. Der Preis dafür war nichts anderes als die nicht minder verhängnisvolle Koalition der westlichen Demokraten mit dem östlichen Totalitarismus Stalins, deren geistig-politische Folgen bis zum heutigen Tage sich lähmend auswirken. Daraus entstand die Kapitulation in Jalta, das Abschreiben der baltischen Völker, das praktische Hineinbeziehen Finnlands in den Sog der russischen Politik und zuletzt der Verrat an Ungarn.

Wenn man die «Berlin-Krise» und die leider untauglichen Versuche, die Kreml-offensive abzuwehren, nicht oberflächlich an Hand der obendrein noch oft sich widersprechenden Erklärungen untersucht, so kommt man einem anderen Grundübel auf die Spur. Es ist die Methode unserer Diplomatie im Verkehr mit den totalitären Staaten und insbesondere mit dem totalitären Kommunismus. Es wäre verkehrt, den Außenministern und den Botschaftern des Westens eine von vornherein zum Defaitismus tendierende Gesinnung vorzuwerfen. Die Bereitschaft zu einem Appeasement stellt sich nicht als eine präsumptive Haltung sondern vielmehr als ein Resultat der unzulänglichen Methoden und Mittel heraus. Unsere Außenministerien und das Diplomatische Corps geht an die Aufgabe der politischen Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Staaten mit dem traditionellen Rüstzeug des 19. Jahrhunderts heran, das heißt mit einer vorwiegend formaljuristischen Ausbildung und zugleich mit einer gefährlichen Geringschätzung der politischen Strategie und Taktik

des Gegners. Sowohl die Kenntnisse als auch die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus sind den Widersachern der Kremldiplomatie genau so fremd, wie die Beherrschung der Massenpsychologie, mit der die Sowjets meisterhaft operieren. Solange sich die Situation auf diesem Gebiet nicht radikal ändert, solange werden wir immer wieder neue Pannen erleben. Darüber hinaus tut man im Westen oft so, als ob man es nicht mit einem völlig neuen Staatsgebilde — was die Sowjetunion darstellt — verhandeln und sich auseinandersetzen müßte, sondern als ob es sich um ein Land klassischer Staatsform handeln würde. Daß dies einbarer Unsinn und ein bedauernswertes Mißverständnis ist, dürfte wohl ohne Übertreibung gesagt werden.

Und noch eines muß erwähnt werden. Das ist die Arbeitsweise der in den totalitären Staaten akkreditierten Diplomaten und Auslandskorrespondenten, denen erstens mangelhafte oder, was noch schlimmer ist, vorwiegend lancierte Informationen zur Verfügung stehen. Es ist wohl anzunehmen, daß die meisten westlichen Diplomaten, die nach Moskau beordert werden, diese Aufgabe ähnlich auffassen, als ob sie es an jedem beliebigen Platz der Welt zu tun hätten. Von dieser Prämisse ausgehend, bemühen sich diese Menschen um eine harmonische Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Mutter- und dem Gastland und übersehen oft, daß der Gestaltung des gegenseitigen Verhältnisses ein permanenter ideologischer und politischer Kampf zu Grunde liegt. Schlimmer ist es, wenn dabei eine aus dem Traditionalismus her abgeleitete ausgesprochene Russophilie die Sicht verdeckt. Bei den Auslandskorrespondenten wiederum spielen die reinen Berufsfragen eine große Rolle, wobei die Sorge um das langerwartete Visum zu einer Quelle der taktisch bedingten Rücksichten und Kompromisse wird.

Versäumnisse in der Berlin-Frage

Seit dem Beginn der von Chruschtschew entfachten Offensive gegen Berlin ist schon Zeit

genug vergangen, um die Frage zu stellen, ob die westliche Diplomatie auf diesem Gebiet richtig oder falsch vorgegangen ist. Mit anderen Worten ausgedrückt, geht es darum, eine Rückschau auf die bisher angewandten Methoden zu halten und zu einem positiven oder negativen Urteil zu gelangen. Unseres Erachtens nach hat der Westen einen unverzeihlichen Fehler begangen, indem er den Vorstoß Moskaus akzeptiert hatte. Mit der Annahme der russischen Noten zur Berlin-Frage hat man den ersten fatalen Schritt getan, dem noch weitere folgten. Ein Staatsmann muß allerdings in diesem Zusammenhang freigesprochen werden, und das ist Konrad Adenauer. Er scheint die Gefahr in vollem Umfang gleich erkannt zu haben und darum wohl verlangte er Anfang Dezember 1958 auf einer Kundgebung in Westberlin die Zurückweisung der Sowjetnoten. Der westdeutsche Bundeskanzler hat scheinbar geahnt, welche Komplikationen sich ergeben werden, falls die Westmächte die Offensive Chruschtschews nicht schnell und gleich zu Beginn im Keime ersticken. Was ihm allerdings nicht gelungen war, das bezieht sich auf die Begründung einer solchen Forderung. Ein ausschließlicher Negativismus ist in solchen Fällen nicht ausreichend. Und doch bestand die Chance, den Angriff von vornherein abzuwehren. Man hätte sich im Westen auf den Standpunkt stellen sollen, die Offensive Chruschtschews bedeute nicht nur eine Verletzung der bestehenden völkerrechtlichen Abmachungen, sondern sie gefährde in erster Linie den internationalen Frieden. Man darf nicht vergessen, daß der Friedensgedanke von den Sowjets und vom internationalen Kommunismus zu einem zentralen System im Vorgehen gegen den Westen aufgebaut wurde und alle Aktionen, mit denen die sowjetrussische Diplomatie operiert, von dieser Prämisse ausgehen. Hätte man eindrucksvoll und überzeugend genug demonstriert, was keineswegs in der damaligen Situation schwierig gewesen wäre, daß der von Moskau vom Zaun gebrochene diplomatische Krieg um Berlin eine ernste Gefahr für

das Fortbestehen des Friedens darstellt, hätte Chruschtschew in seinem eigenen Lager auf ernste Schwierigkeiten stoßen können. Nachdem man es aber unterlassen hatte, blieb dem Westen nichts anderes übrig, als den Weg der Verhandlungen zu wählen, obwohl dabei um nichts verhandelt werden kann, falls man keine Niederlage für sich herbeiführen will.

So begann der dornige Weg der westlichen Diplomatie. Die Genfer Außenministerkonferenz war ein Trauerspiel, weil sie im Endeffekt die Erweichung des Westens offenkundig machte und schließlich den ominösen «Geist von Camp David» und folglich eine Erschütterung der Gesamthaltung der USA als Regierung und Volk heraufbeschworen hat. Der zweite kapitale Fehler liegt auf einem anderen Gebiet. Das ist die Entscheidung über die Heranziehung der Beobachterdelegationen aus den beiden deutschen Staaten. Hiemit ist das ganze, jahrelang intakt gebliebene Instrumentarium der westlichen Diplomatie, nämlich die These, daß nur die Bonner Regierung die Interessen des deutschen Volkes vertreten könne, schlagartig zusammengebrochen. Es ist ein Präzedenzfall konstruiert worden, auf den sich die kommunistische Seite von nun an stets berufen kann. Versagt hat in diesem Fall wahrscheinlich in erster Linie die Regierung Adenauers selbst, indem sie sich leichtsinnig von denjenigen Bonner Diplomaten überreden ließ, die nicht weiter zu sehen vermochten und das ganze Malaise verschuldet haben. Es wird dem Bonner Staat nicht leicht fallen, die Ansprüche der DDR auf eine Mitbeteiligung bei den nächsten Konferenzen zu verhindern, und Otto Grotewohl, der Regierungschef des ostdeutschen Satellitenregimes, hat bereits jetzt einen solchen Anspruch in bezug auf die kommenden Gipfeltreffen erhoben. Vielleicht wird es den Westmächten, mit Rücksicht auf den vorsorglich von Adenauer ausgesprochenen Verzicht auf das Erscheinen einer deutschen Delegation bei dem ersten Pariser Treffen, gelingen, die Forderungen Grotewohls abzulehnen. Aber wie

soll man das verhindern, wenn eine Konferenz der Regierungschefs in Moskau stattfinden wird und Chruschtschew auf eine konsultative Beteiligung der Ostdeutschen pochen wird.

Wie soll es weitergehen?

Rußlands Offensive gegen das freie Berlin ist sowohl vom Standpunkt der politischen Strategie des Kommunismus und des sowjetrussischen Kommunismus wie auch im Hinblick auf die Methoden Moskaus kein neuer Präzedenzfall, sondern ein weiteres folgerichtiges Glied in einer langen Kette der vierzigjährigen Theorie und Praxis des Bolschewismus. Man hätte erwarten können, die früheren Erfahrungen würden sich diesmal auf die westliche Diplomatie derart heilsam auswirken, daß hier endlich eine Wendung eintritt und man den Sowjets eine gebührende Antwort erteilt. Leider scheint der Westen, insgesamt gesehen, noch immer nicht genug aus dieser Theorie und Praxis gelernt zu haben. Die Bereitschaft zu den faulen Kompromissen dürfte nicht überall überwunden sein. Das über die Welt, zu der man gehört, offen zu sagen, ist zwar bitter, aber notwendig.

Noch ist nicht alles verloren und manches kann — wenn auch unter großen Schwierigkeiten — repariert werden. Aber dazu fehlen die klare Erkenntnis und die schöpferische Initiative. Wenn man den furchtbaren Atom- und Raketenkrieg aus allen politischen Überlegungen ausschließt — und das muß heute jeder vernünftige Mensch tun —, dann bleiben nur zwei Möglichkeiten: entweder ein harter, viel Zeit, Energie und materielle Mittel aufreibender politischer Kampf mit dem kommunistischen Totalitarismus oder eine schrittweise Kapitulation, die man mit dem Feigenblatt der «friedlichen Koexistenz» ka-

schieren will. Mit dem Ausmalen der Konsequenzen einer solchen Kapitulation, die mit einem viel größeren Unglück als das Jalta traurigen Andenkens enden würde, wollen wir uns gar nicht befassen, denn Beispiele dafür gibt es genug aus der unglückseligen Entwicklung in jenem Teil unseres Kontinentes, dem nach 1945 freie Wahlen und alle demokratischen Grundfreiheiten auch von den Westmächten versprochen wurden und auf schändliche Weise nicht eingehalten worden sind.

Es bleibt also die Frage zu untersuchen, welches ein Programm für die politische Auseinandersetzung von der westlichen Seite als Antwort auf den Fehdehandschuh Chruschtschews zu vertreten sei. Dazu gehört vor allem eine konsequente Haltung in der Berlinfrage, die sich sowohl auf die bestehenden Verträge wie auch auf den Freiheitsgedanken und auf die Friedenskonzeption beruft und nach den Mitteln und Methoden sucht, um die Sowjets in eine defensive Haltung abzu drängen. Zweitens muß parallel dazu die Frage der von Sowjetrußland nicht eingehaltenen Verpflichtungen gegenüber den Ländern Osteuropas und das Problem des sowjetrussischen Kolonialismus aufgeworfen werden. Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes kann nicht getrennt nur auf Deutschland, sondern in einem breiteren Umfang, von Deutschland ausgehend, auf die Völker Osteuropas ausgedehnt werden, denn erst dann gewinnt die Konzeption des Westens Hand und Fuß und kann auf eine längere Sicht auch als eine Gegenwaffe zur Abwehr der einseitigen sowjetrussischen Offensive in den unterentwickelten Ländern gebraucht werden. Andernfalls wird man früher oder später ein zweites Jalta erleben.

Alexander Korab

Die Angst als politisches Hilfsmittel der Bolschewiken

Von Lenin stammt das charakteristische Wort: «Wenn der Spießler Angst hat, pariert er¹.» Auf dieser Ansicht beruhen viele Methoden der sowjetischen Innen- und Außenpolitik. Das Fundament des bolschewistischen Rußland bildet die Diktatur des Proletariats oder genauer «die Diktatur über das Proletariat», um einen andern Kommunisten, Leo Trotzki, zu zitieren². Eine Diktatur ohne Terror ist jedoch nach Lenins Auffassung undenkbar. Dzerschinski, der Begründer der sowjetischen politischen Polizei, die bezeichnenderweise gleich zu Beginn der bolschewistischen Herrschaft ins Leben gerufen wurde (20. 12. 1917), drückte sich sehr präzise aus: «Was wir brauchen ist der Kampf bis aufs Messer. . . Ich fordere die Schaffung des revolutionären Schwertes, das alle Konterrevolutionäre vernichten soll.» Er wollte die «Feinde der Arbeiterklasse» ausrotten, das waren seiner Meinung nach alle, die sich der bolschewistischen Diktatur widersetzen³. Der Mensch als willenloses Werkzeug der Staatsgewalt ist das Ziel der Herren im Kreml, und das Mittel, den Menschen in diese Stellung zu pressen — die Angst. Diese Gedankengänge sind übrigens nicht russischen, sondern tatarischen Ursprungs, was sie freilich nicht besser macht⁴.

So beschritt die Sowjetunion von Anfang an den Weg des Gewaltstaates⁵. Ihm fielen nicht nur Angehörige der verhaßten Bourgeoisie und des Adels zum Opfer, nein, auch Vertreter der Intelligenz, der Bauern- und Arbeiterschaft, ja sogar in den Frühjahren des Bolschewismus schon einzelne kommunistische Gruppen. Die Inhaftierten wurden, wie bekannt, oft einer grausamen Tortur unterworfen. Die allmächtige Geheimpolizei wollte nicht nur die Schuldigen finden und liquidieren, sie wollte zugleich eine heillose Angst verbreiten. Je mehr über die Foltern der Tscheka bekannt wurde, desto gefürchteter wurde sie und desto gefügiger der Untertan. Viele geheime Einzelheiten ihrer Verhör- und Behandlungsmethoden dürften

meines Erachtens nur deshalb bekannt geworden sein, weil sie selbst auf verschiedenen Wegen dafür sorgte. Das Peinigen der Geständigen und sowieso zum Tode Bestimmten hatte ihren politischen Sinn verloren, wenn die Details der Folter mit dem Gemarterten zu Grabe gingen!

Ein anderes Mittel, die Angst der Untertanen wachzuhalten und zu vertiefen, bildeten die Schauprozesse, die schon, was oft vergessen wird, zu Lenins Zeiten begannen. Der erste fand im Sommer 1922 statt und war gegen Sozialrevolutionäre gerichtet. Unter den Angeklagten befand sich der Terrorist Sawinkow, der mit den bolschewistischen Methoden gut vertraut war und seinem Leben durch einen Sprung aus dem Kerkerfenster ein Ende machte. Diesem «Gerichtungsverfahren» folgte eine endlose Reihe anderer, die häufig gegen Bolschewiken, auch gegen alte Vorkämpfer des Kommunismus, gerichtet waren. Sie sollten Stalin von unbequemen Konkurrenten befreien, ihn zugleich in den Augen der Massen reinwaschen und zeigen, daß alle Schuld an der mißlichen wirtschaftlichen und sozialen Lage bei den «abtrünnigen» Genossen lag. Außerdem war aber ihr Ziel, abzuschrecken und die Sowjetbürger davon abzuhalten, etwas gegen den Staat und seine Verkörperung, Stalin, zu planen. «Wenn der Spießler Angst hat, pariert er.»

Nicht weniger wirksam waren die vielen Säuberungen, die allein 1937/38 nach Prof. v. Rauch, der sehr vorsichtig in seinen Schätzungen ist, 7—8 Millionen Menschenleben kosteten. Was es mit ihnen auf sich hatte und wie sie den Sowjetbürgern und ausländischen Mitläufern plausibel gemacht wurden, darüber berichtet W. Leonhard sehr anschaulich⁷. Ihnen fielen auch viele ausländische Kommunisten, besonders 1930 bis 1938⁸, in der Sowjetunion zum Opfer, die dem Kreml unbequem geworden waren und deren, mitunter lautloses Verschwinden zeigen sollte, wer Herr im kommunistischen

Hause ist und welche Folgen auch der geringste Ungehorsam nach sich ziehen kann. Immer und immer wieder war und ist es die Angst, die selbst ausgekochte ausländische Kommunisten zwingt, nach der Pfeife Moskaus zu tanzen⁹.

Im übrigen waltete der Geist des Schreckens selbst unter den Kommunisten im Ausland. Die Tscheka schaltete sich im Schutz der sowjetischen Gesandtschaften und Botschaften in ihre Tätigkeit ein, ganz besonders seit der Zeit, als Stalin nach dem 17. Parteitag (1934) als Diktator der Sowjetunion auch die alleinige Befehlsgewalt in der Komintern (wie später in dem allerdings weit weniger wichtigen Kominform) erlangt hatte¹⁰. Beiläufig sei bemerkt, daß die russische Geheimpolizei der Zarenzeit («Ochrana») auch schon ihre Filialen im Auslande hatte. Die Sowjets haben das System bloß ausgebaut¹¹. Man stelle sich nur vor, die USA hätten zum Beispiel ihre Geheimpolizei in Schweden!

Das am häufigsten und im größten Maßstab angewendete Druck- und Furchtmittel aber waren und blieben Deportationen. Gewiß, sie dienten auch anderen Zwecken, wie es denn die Bolschewiken überhaupt meisterhaft verstehen, «das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden». Durch die Verschleppungen wurden Fremdvölker ihrer führenden und noch selbständig denkenden Menschen beraubt, durch sie erhielten verschiedene Behörden, vor allem die Geheimpolizei, unzählige Massen äußerst billiger Arbeitskräfte für ihre Riesenunternehmen in unwirtlichen Gegenden des europäischen und speziell des asiatischen Rußland, durch sie konnten große Gebiete des Reiches von unsicheren oder unerwünschten Elementen gesäubert, wie etwa die Kurorte der schönen Krim tatarenfrei gemacht werden. Man schätzt die Zahl der Strafgefangenen, Verbannten und Zwangsangesiedelten nach dem Kriege auf 40 Millionen, wozu übrigens noch etwa 5 Millionen Tote der Nachkriegsäuberungen kommen¹². Die Zahlen sind dermaßen groß, daß viele Menschen im Westen sich weigern, an sie zu glauben. Nur im

Osten hegt man keine Zweifel, dort, wo man die Verhältnisse am eigenen Leibe, bestenfalls am Geschick seiner Verwandten zu spüren bekommen hat. Es war nur dank den Riesendimensionen des Terrors möglich, der seit Jahrhunderten an Schreckensherrschaft gewöhnten russischen Bevölkerung die Angst beizubringen, die es dem unmenschlichen bolschewistischen Regime ermöglichte, am Ruder zu bleiben und seine Pläne durchzuführen¹³. Eine große Reihe aufschlußreicher Beispiele aus der Tätigkeit der sowjetischen Geheimpolizei findet sich bei Cookridge¹⁴.

Ganz kurz sei noch die Methode der Bolschewiken berührt, die Zucker und Peitsche, Belohnung und Angst, zugleich benutzt, um sich die Menschen gefügig zu machen. Der ehemalige sowjetische Marineoffizier L. Predtetschewski berichtet, daß Offiziere sich dem Regime unterwerfen, den Vorgesetzten bedingungslos folgen und sich überhaupt anstrengen, vorbildlich den Dienst zu versehen, um nicht frühzeitig entlassen zu werden¹⁵. Ihre Stellung in der bolschewistischen Gesellschaft und ihr Einkommen sind so gut und ihre Furcht, sie zu verlieren, so groß, daß sie um keinen Preis sozial «herabsinken» möchten und deshalb blindlings parieren. Ob diese durch rein materielle Mittel erzielte Begeisterung auch im Ernstfall vorhält, scheint der Autor zu bezweifeln.

Die in der Sowjetunion als Folge der obenerwähnten Polizeimethoden herrschende Angstpsychose unter Stalin (heute scheint es etwas besser geworden zu sein) hat ausgerechnet Chruschtschew auf dem 20. Parteitag (1956) mit den Worten Bulganins charakterisiert, der ihm zu Lebzeiten des Diktators gesagt hatte: «Manchmal geschieht es, daß ein Mann auf eine Einladung hin als Freund zu Stalin geht. Und wenn er dann mit Stalin zusammensitzt, weiß er nicht, wohin er von da aus geschickt werden wird — nach Hause oder ins Gefängnis¹⁶.»

Es ist logisch, daß der Kreml, gestützt auf seine reichen Erfahrungen in der UdSSR selbst, auch in der Außenpolitik zum Mittel

der Einschüchterung griff. Den Höhepunkt dieser Versuche stellen die Ereignisse des kalten Krieges unserer Tage dar.

Die bolschewistischen Politiker wollen keinen Krieg. Sein Ausgang ist immer ungewiß — das Schicksal des letzten Zaren, Nikolai II., ist ein warnendes Beispiel. Dazu hat Rußland bis jetzt Kriege im Westen, wenn überhaupt, mit westlicher Hilfe gewonnen. Alle großen Bollwerke des Westens gegen Rußland — Polen-Litauen, Österreich-Ungarn, Deutschland — sind von den Russen im Laufe der Zeit dank westlichem Beistand vernichtet oder geschwächt worden. Trotzdem befiehlt der marxistische Glaube, anzunehmen, daß der Westen kriegslüstern ist und es auf die unschuldsvolle Sowjetunion abgesehen hat. Das erste Schutzmittel dagegen sehen die Bolschewiken in der Verbreitung der Angst unter der Bevölkerung der westlichen Länder, der Angst vor dem Kriege und vor der Sowjetunion. Dies alles scheint reichlich naiv. Aber der Russe denkt nicht, wie wir es tun, kompliziert, sondern einfach, nicht logisch, sondern praktisch. Diese Simplizität ist freilich oft von merkwürdigen Methoden begleitet, und das zusammen ergibt die bekannte «russische Sphinx», an der in Europa wie Amerika herumgerätselt wird.

Die Angst als außenpolitisches Kampfmittel ist gleichfalls tatarischen Ursprungs, das sowohl im Kriege wie im Frieden angewandt wurde und dazu beitrug, den Widerstand des Gegners (u. a. der Russen!) zu brechen oder wenigstens zu schwächen. Dabei knüpfte man in bedenklichen Situationen immer wieder Verhandlungen mit dem als unzuverlässig erachteten Teil des Gegners an, eine Methode, die uns aus der russischen Geschichte und aus Erfahrungen mit der Sowjetunion nur zu bekannt ist¹⁷. Übrigens war es Stalin selbst, der die sowjetische Methode der Angsterzeugung auf der Konferenz von Jalta unterstrich. Er sagte damals im Hinblick auf die deutsche Zivilbevölkerung: «Wo unsere Truppen hinkommen, da laufen die Deutschen weg¹⁸.»

Die Mittel, deren sich die Bolschewiken zur Erzeugung von Furcht im Westen bedienen, sind in der Hauptsache: die Presse, mündliche, vor allem Flüsterpropaganda und offizielle massive Drohungen, daneben allerdings auch persönlicher Terror¹⁹; man denke an die Fälle Kutepow, Miller, besonders aber Trotzki²⁰, bei dessen Ermordung auch der Haß Stalins gegen seinen gefährlichen einstigen Rivalen eine große Rolle spielte, und viele andere, die jedoch in diesem Zusammenhang nicht berührt werden.

Der Westen lauscht jedem Wort Chruschtschews und notiert jedes bissige Wort des Bosses aus dem Kreml als Orakel erster Güte, macht also alles das, was Chruschtschew von ihm erwartet. Der bolschewistische Parteisekretär wendet dabei eine primitive Taktik an, die große menschliche Schwächen berührt und deshalb Erfolg hat. Er jagt den Menschen zuerst Angst ein, um ihnen dann wieder Hoffnungen zu machen und setzt dieses Spiel unermüdlich fort: das zermürbt am ehesten. Man nennt das heute «Saunabehandlung», die unmittelbar von heiß zu kalt und umgekehrt übergeht. Die Presse müßte die bolschewistischen Auslassungen, die Propagandabomben Chruschtschews, entschärfen und könnte so viel zur Beruhigung der Menschen beitragen, was deshalb besonders wichtig ist, weil Angst ebenso ansteckend ist wie Pest und Cholera. Ein Teil der westlichen Presse macht leider im Gegenteil die sowjetische Terrorpropaganda aus Gedankenlosigkeit, Sensationslust oder auch in der Absicht mit, die Leser wirklich über alles genau zu informieren. Von in sowjetischen Diensten stehenden Journalisten kann abgesehen werden; das sind glücklicherweise Ausnahmen²¹.

Die Gehirnmassage der Sowjets äußert sich ferner in der Flüsterpropaganda. Wir wissen nicht, wie viele bolschewistische Agenten im Westen arbeiten — in der Bundesrepublik sollen es etwa 50 000 sein —, wir wissen aber, daß jeder von ihnen ein Propagandazentrum ist. Das zeigt sich, um nur ein markantes Beispiel aus der letzten

Zeit anzuführen, besonders deutlich in West-Berlin, als die Einwohner 1958/59, am Anfang der von Chruschtschew ausgelösten Krise, tagtäglich von fremden Personen angerufen wurden und den Rat erhielten, möglichst bald die Stadt zu verlassen, da die Gefahr des Einzugs der Russen stündlich wachse. Was ein «Russeneinzug» bedeutet, wußten die Berliner aus der bitteren Erfahrung der ersten Zeit nach Ende des Krieges nur zu gut. Die Sowjets benutzten mit anderen Worten die von ihnen 1945 mit Bedacht, durch Vergewaltigungen und Deportationen hervorgerufene Russenangst, um Unruhe zu stiften und ihre Ziele zu erreichen. Die bolschewistische Propaganda stützte sich auf die antibolschewistische Einstellung der Menschen: mehr kann man von einer Propaganda wahrhaftig nicht verlangen!

Flüsterpropaganda ist ins Politische übersetzter Klatsch, und vor Klatsch sollte man sich ebensowenig fürchten wie vor der simplen Lüge. Man muß bloß versuchen, festzustellen, aus welchen Quellen die Gerüchte stammen. Das fürchten die Erfinder der «Nachrichten» am meisten.

Als Krönung des Ganzen erfolgen massive offizielle Drohungen, die je nach Bedarf vom Herrn des Kremls selbst oder von irgendeiner Marionette Moskaus ausgesprochen werden. Hierher gehören zum Beispiel die unzähligen Drohbriefe mit der Unterschrift Bulganins bzw. Chruschtschews an die westlichen Regierungen oder — während der Suezkrise — das Versprechen des Parteisekretärs, England mit Bomben zu belegen, oder seine Versicherung dem amerikanischen Politiker Harriman gegenüber, daß die Westmächte jederzeit ihren Krieg haben könnten, wenn sie ihn wollen²².

Als klassisches Beispiel sowjetischer Taktik sei an die Besuchsreise des britischen Premiers Macmillan in die Sowjetunion im Februar/März 1959 erinnert. Zunächst tat Chruschtschew sehr freundlich — der Westen atmete auf. Dann fuhr er nach Tula und hielt eine «Wahlrede», in der er gegen den Westen zu Feld zog — dieser hielt prompt den Atem

an. Dann versprach er, Macmillan auf dessen Reise nach Kiew zu begleiten (er ist noch mit keinem westlichen Staatsmann in der Sowjetunion herumgereist) — dem Westen fiel ein Stein vom Herzen. Tatsächlich fuhr er aber wegen «Zahnschmerzen» nicht, die ihn jedoch keineswegs hinderten, eine irakische Delegation zu empfangen — der Westen war bestürzt. Schließlich erklärte Chruschtschew, man solle seine Wahlrede nicht tragisch nehmen, vergaloppieren könne sich jeder — der Westen freute sich wieder des Lebens. Als er sich gar für die Außenministerkonferenz aussprach, die er noch in Tula abgelehnt hatte, triumphtierte der Westen. Dieser nahm, wie gewöhnlich, den Bluff des gewiegten Hasardeurs ernst und erfüllte damit einen Herzenswunsch des sowjetischen Herrschers. Dieser war übrigens der einzige, der damals genau wußte, daß aus der Konferenz der Minister nichts würde, weil er das eben so beschlossen hatte.

Ein zweites Musterbeispiel bietet diese (Genfer) Konferenz im Sommer 1959. Ich will nur an folgendes erinnern. Chruschtschew hielt am 19. Mai eine Ansprache an 45 amerikanische Geschäftsleute in Moskau und behauptete, die Sowjetunion sei bereit, einen weiten Weg entgegenzukommen, um Resultate zu erzielen. Er sagte, die Genfer Konferenz würde erfolgreich verlaufen, denn «sonst würden wir nicht daran teilnehmen». Am 30. Mai erklärte der gleiche Chruschtschew in Tirana, die Sowjetunion sehe keine Veranlassung, in der deutschen Frage Konzessionen zu machen. Ihretwegen war man aber zusammengekommen! Am 13. Mai wurde in Genf ein Gerücht verbreitet (Flüsterpropaganda!), die Sowjets hätten einen neuen überraschenden Plan für die Lösung der Berlinfrage, der nach Besprechungen zwischen Pankow und Moskau zustande gekommen sei. Am 26. Mai stattete Gromyko seinem englischen Kollegen Selwyn Lloyd einen unvorhergesehenen Besuch ab, um, wie es hieß, die Arbeit der Konferenz zum Erfolg zu führen usw. Und in gewissen Abständen erscholl dazwischen das weltbekannt gewor-

dene «Njet» im Konferenzsaal auf alle westlichen Kompromißvorschläge. Der Westen sollte durch diese kalten und warmen Duschen gezwungen werden, zum Zustandekommen eines Treffens Eisenhower-Chruschtschew beizutragen. Der letztere brauchte es zur Herstellung seiner arg lädierten Reputation im Auslande nach der grausamen Niederwerfung des ungarischen Aufstandes; er wollte wieder «salonfähig» werden, ebenso aber zur Steigerung seines Ansehens in der UdSSR selbst. Er erreichte bekanntlich sein Ziel, konnte es dabei sogar in den USA selbst nicht lassen, zu seiner geliebten Methode zu greifen und in Los Angeles die Drohung auszusprechen, die Staaten sofort zu verlassen, falls man dort das Betragen ihm gegenüber nicht ändere. Er wünschte, die Moskauer Atmosphäre auch in Amerika zu genießen, die keinen Widerspruch erlaubt und keine Kritik duldet. Der Gast verlangte, sich wie zu Hause fühlen zu können.

In seiner «Saunabehandlung» des Westens ähnelt Chruschtschew auffallend Hitler, der es mit Hilfe vieler Interviews, die er ausländischen Journalisten, zum Beispiel Ward Price von der «Daily Mail» gab, die Weltöffentlichkeit gleichfalls in stetem Atem hielt und geschickt Drohungen mit Freundlichkeiten mischte. Es wäre schön, wenn sich der Westen an diese Tatsache erinnern und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen würde. Nur so könnte er den kalten Krieg ohne Schaden durchstehen. Wer weniger Angst hat, hat mehr vom Leben. Das gilt nicht nur für Einzelmenschen, sondern auch für Völker.

Von mündlichen Drohungen zu praktischen Einschüchterungsmanövern, die übrigens immer nur notorisch Schwächeren gegenüber angewandt werden, ist nur ein Schritt. Als die Sowjetunion im Herbst 1939 von Estland das Zugeständnis zur Errichtung von Basen erpreßte, ließ sie, um Regierung und Volk mürrisch zu machen, sowjetische Militärflugzeuge über dem Lande kreisen. Das ist Terrorpolitik.

Es lohnt sich kaum, über die Wirkungen

sowjetischer Maßnahmen zur Erzeugung, Verbreitung und Vertiefung von Angst zu sprechen; jeder Zeitungsleser ist im Bilde. Was sollen wir zum Beispiel sagen, wenn ein Studienausschuß des Weltkirchenrates (in Nyborg im August 1958) erklärte, falls ein Atomkrieg ausbrechen sollte, sei die Kapitulation, auch zu den Bedingungen des Feindes, vorzuziehen und der Ausweg des passiven Widerstandes zu wählen! Wie sich diese Herren einen «passiven Widerstand» gegen die Bolschewiken vorstellen, weiß niemand, sie selbst wohl am allerwenigsten. Über die Möglichkeiten und Aussichten könnten sie sich am besten in den Satellitenstaaten erkundigen! Das Meisterstück Chruschtschews auf diesem Gebiet besteht wohl in der im Westen beginnenden Angst vor einer Aggression — der USA gegen die Sowjetunion! Es gibt — so leicht beeinflußbar sind menschliche Gedankengänge — im Westen überzeugte Antikommunisten, die aus Angst vor den eigenen Soldaten nicht mehr an die Soldaten Chruschtschews denken!

Daß man es auch anders kann, zeigt das Verhältnis Titos zu den UdSSR, der sich durch den Bruch der Beziehungen Stalins und später Chruschtschews zu ihm, durch die große Reihe sowjetischer Maßnahmen gegen sein Land und selbst durch militärische Drohungen an den Grenzen Jugoslawiens nicht einschüchtern ließ. Er ist ein in Moskau geschulter Kommunist und kennt den Wert der bolschewistischen Angstmethoden.

Die große Stärke der sowjetischen Politik besteht darin, daß sie sich erlauben kann, ohne durch die öffentliche Meinung im eigenen Lande oder moralische Bedenken irgendwelcher Art gehemmt zu werden, alle Mittel, die sie für richtig hält, anzuwenden, unter ihnen die Schürung der Angst. Auf die öffentliche Meinung im Westen gibt sie nicht viel. Diese scheint ihr schon deshalb nicht sonderlich gefährlich, weil sie gespalten ist und ihre Standpunkte aus Zweckmäßigkeitsgründen ändert.

Die Sowjetunion hat dem Westen noch die Tatsache voraus, daß der Russe robuster

und viel genügsamer als der Mensch im Westen ist. Dieser hat es sich angewöhnt, vor Diktatoren zu zittern, mehr als etwa die Russen selbst, trotzdem er es nicht wie diese nötig hat. Es ist die Angst vor dem Verlust des hohen Lebensstandards, des Besitzes, des Lebens, aber nicht der ideellen Güter und Werte. Der Westen bangt um seinen Kühlschrank, nicht um seine Freiheit und riskiert mit dem Verlust der Freiheit auch den Kühlschrank zu verlieren. Diese Situation hat der Kreml erfaßt und sucht sie nach Möglichkeit für sich auszunutzen.

Die Wut der Bolschewiken gegen die Religion, aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit oft kaschiert, ist nicht allein deshalb so groß, weil sie in ihr die gefährlichste Konkurrentin ihrer marxistischen Heilslehre sehen, sondern auch deshalb, weil die Religion den Menschen hilft, eine der wirksamsten Methoden der Sowjets zu paralysieren — die Erzeugung von Angst.

Es wäre unhöflich, einen Artikel über den Bolschewismus zu schließen, ohne Karl Marx zitiert zu haben. Hier das fällige Zitat (aus dem in den sowjetischen Ausgaben fehlenden Werk «The Eastern Question»)²³: «Indem Rußland auf die Feigheit und Furchtsamkeit der Westmächte zählt, schüchtert es sie ein und schraubt seine Forderungen so hoch wie möglich hinauf.»

Oskar Angelus

¹Zitiert nach E. Jucker, Erlebtes Rußland, S. 220. ²G. v. Rauch, Geschichte des

bolschewistischen Rußland, S. 35; vgl. F. Stepun, Das Antlitz Rußlands und das Gesicht der Revolution, S. 66. ³v. Rauch, S. 96. ⁴E. Lemberg, Osteuropa und die Sowjetunion, S. 50ff. ⁵G. Popoff, Tscheka, der Staat im Staate. ⁶S. 320. ⁷In «Die Revolution entläßt ihre Kinder», vgl. besonders S. 44. ⁸Leonhard, S. 54. ⁹Vgl. die Behandlung des Jugoslawen Kardelj durch Molotow in: G. Nollau, Die Internationale, S. 167. ¹⁰Nollau, S. 12, 134, 145, 201. ¹¹H. E. Cookridge, Zentrale Moskau (Originaltitel «Soviet Spy Net»), S. 30ff.; A. Gersassimoff, Der Kampf gegen die erste russische Revolution, S. 46, 261ff.; W. K. Agafonow, Zagranitschnaja Ochranka (Die Ochrana im Auslande). ¹²B. Roeder, Der Katorgan, S. 185. ¹³Vgl. K. Mehnert, Der Sowjetmensch, S. 410. ¹⁴Vgl. besonders auch Kap. VI, «Der große Index», S. 109ff. ¹⁵Sowjetski morskoi ofizer (Der sowjetische Marineoffizier), S. 44. ¹⁶Zitiert nach Nollau, S. 202. ¹⁷Lemberg, S. 50; B. Spuler, Die Mongolenzeit, S. 72. ¹⁸Zitiert nach B. Meißner, Rußland, die Westmächte und Deutschland, 2. Aufl., S. 41. ¹⁹Viele interessante Einzelheiten bei Cookridge, S. 118ff., 254ff., 302ff. ²⁰A. Sanchez Salazar-J. Gorkin, Murder in Mexico. ²¹David J. Dallin, Die Sowjetspionage (Originaltitel «Soviet Espionage»), S. 88f., 105, 111, 151f., 220f., 362f., 591; Margret Boveri, Der Verrat im 20. Jahrhundert III, S. 153f. ²²«Life» vom 13. Juli 1959. ²³Zitiert nach D. Friede, Das russische Perpetuum mobile, S. 212, und der «Weltwoche» vom 22. Mai 1959.

Eine Zeitung als letzter Rettungsversuch

Es wurden an dieser Stelle unter der Überschrift «Einer für alle...» (Septemberrummer 1959) die Stiftung Schweizerische Osteuropa-Bibliothek und die Schweizerische Ost-Institut AG. eingehend vorgestellt. Es war von den 15 000 Bänden, den 60 000 Seiten auf Mikrofilm, den 70 000 Zeitungsausschnitten, den 400 abonnierten Zeitungen

und Zeitschriften der Osteuropa-Bibliothek die Rede, von Fr. 240 000.—, die für den Ankauf, von den Fr. 90 000.—, die für das Jahresbetriebsbudget nötig wären; man hegte damals noch die Hoffnung, daß die öffentliche Hand, im Verein mit der Privatwirtschaft, diese Mittel aufbringen würde; in der Tat unternahmen vereinzelte Gemeinden

wie Appenzell, Köniz und Münsingen Anstrengungen, doch es blieben Tropfen auf den heißen Stein, denn die Kantone, die großen Gemeinden, die Firmen legten die Hände in den Schoß. Es wurde im genannten Artikel auch von den Veröffentlichungen der Schweizerischen Ost-Institut AG. gesprochen: vom Informationsdienst, vom Wirtschaftsdienst, vom Freien Korrespondenzdienst und von den Schriftenreihen. Hier hätte die Kostendeckung ausschließlich durch Beiträge aus privater Quelle (Abonnemente!) erfolgen sollen; heute zeigt es sich, daß das Ostinstitut mit seinen 18 Mitarbeitern nur 20 Prozent seiner Ausgaben durch die Einnahmen aus dem Verkauf von Abonnements zu decken vermag.

Dies also die Situation heute: es hat sich erhärtet, daß es sich hier um eine der besten Sammlungen der Welt handelt, um das einzige Instrument, das in der Schweiz eine wissenschaftliche Erforschung des Kommunismus erlaubt, um eine Initiative, die der gesamten freien Welt, besonders aber der Schweiz und ihren Dozenten und Studenten, Politikern und Industriellen, Redaktoren und Journalisten am Herzen liegen muß. Der ideelle Erfolg blieb denn auch nicht aus: allein im Jahre 1959 waren über 1000 Abdrucke und Notizen in der Presse zu verzeichnen. Und doch stehen wir vor der eigentlich unfaßbaren Tatsache, daß Osteuropa-Bibliothek und Ost-Institut praktisch vor dem Konkurs stehen.

In diesem Augenblick haben sich Dr. Peter Sager und seine Getreuen zu einer letzten Unternehmung entschlossen, um die Sammlung zu retten und sie der Schweiz zu erhalten. Das Institut gibt eine Wochenzeitung heraus, ein «Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa». Eine umfangreiche Werbenummer dieses Blattes, das «Der klare Blick» heißt — als der Name beschlossen wurde, wußte man vom neuen schweizerischen Sensationsblatt noch nichts —, erschien am 27. Januar, die erste reguläre Nummer am 3. Februar 1960. Als Vorsatz wird genannt: «Die Zeitung kämpft klar und scharf gegen Diktatur und Totalitarismus und mahnt die freie Welt an ihre Pflichten; sie geißelt die Kurzsichtigkeit, ja Blindheit des Westens und weist die Wege, um die uns alle bedrohenden Gefahren abzuwenden.» Die Zahl der Abonnenten muß Ende Mai 5000 und Ende des Jahres 10 000 betragen, wenn das Schweizerische Ost-Institut gerettet werden soll. Die Einzelnummer kostet 50 Rappen, das Jahresabonnement Fr. 20.—, eigentlich ein zumutbares Opfer, wenn man bedenkt, was auf dem Spiel steht. Es ist natürlich zu früh, die neue Zeitung beurteilen zu wollen. Eines aber steht fest: Wir Schweizer müßten uns *unverständlicher Kurzsichtigkeit* bezichtigen, wenn wir auch diese letzte Gelegenheit, Osteuropa-Bibliothek und Ost-Institut zu retten, nicht ergreifen würden.

Rolf Deppeler

Bericht aus Italien

Es geht nicht alles nach Wunsch

Ein bekanntes Sprichwort will wahr haben, daß man von guten Hausfrauen nicht spricht. Soll es aber auch bedeuten, daß alles zum besten steht, wenn man sich über jemanden ausschweigt? Wohl kaum! Deshalb darf die Tatsache, daß von den «cose italiane» in der

Weltpresse gegenwärtig wenig die Rede ist, nicht so gedeutet werden, als stände das Barometer auf wolkenlosem Schönwetter. Auf den ersten Seiten der internationalen Gazetten kommt der Ost-West-Dialog der vier Großen so ausgiebig zum Wort, von den Skandalaffären, Fürstenhochzeiten und Kriminalfeuilletons auf den zweiten und dritten

Seiten ganz zu schweigen, daß höchstens in Kurznotizen auf die Ereignisse und Entwicklungen auf der italienischen Halbinsel hingewiesen wird. Und trotzdem sind wir der Meinung, daß Italien am Vorabend großer politischer Veränderungen steht, welche die gegenwärtige politische Konfiguration von Grund auf modifizieren können.

Rekapitulieren wir in großen Zügen die Hauptereignisse der italienischen Innenpolitik während des vergangenen Jahres: Nachdem die Regierung Fanfani im verflossenen Frühjahr von ihren eigenen Parteigängern zu Fall gebracht worden war, übernahm bekanntlich der bejahrte, ruhig-überlegene christliche Demokrat *Segni* die verwaiste Ministerpräsidentenschaft, ohne sich aber auf eine eigentliche Parlamentsmehrheit stützen zu können. Ohne Koalitionsverpflichtung haben bis jetzt die Liberalen und Monarchisten, zum Teil auch die wenigen Neofaschisten wie auch die Republikaner und Rechtssozialisten unter Saragat, die Regierung von Fall zu Fall unterstützt, so daß von einer prekären De-facto-Interessengemeinschaft der demokratischen Mittel- und Rechtsgruppen gegen die marxistische Linke (Kommunisten und Nennisozialisten) gesprochen werden darf. Dabei muß eingeräumt werden, daß unter der Führung des wortkargen, pflichtbewußten Gentleman aus Sardinien, woher Segni stammt, so gut regiert wurde, als es die Verhältnisse gestatteten.

Der im vergangenen Herbst in Florenz durchgeführte Parteikongreß der *Democrazia cristiana* bestätigte die von Segni eingehaltene, von den demokratischen Parteien stillschweigend gutgeheißene Politik. Das wichtige Sekretäramt fiel nach erregten Auseinandersetzungen dem ebenfalls für einen Mittelkurs eintretenden *Moro* zu, während der militante, auf dem linken Parteiflügel stehende ehemalige Parteisekretär *Fanfani* mit der Rolle des zweiten Geigers vorlieb nehmen mußte. Die Verhandlungen über die Parteirichtlinien nahmen mehrmals einen dramatischen Charakter an, doch konnte schließlich der vielerorts befürchtete Bruch, wenigstens vor-

läufig, verhindert werden. Kaum war aber diese Gefahr beschworen, erwachsen der *Democrazia cristiana* neue Schwierigkeiten in

Sizilien

Sizilien ist zum eigentlichen Sorgenkind der italienischen Innenpolitik geworden. Wie andere periphere Zonen (Sardinien, Aostatal, Südtirol-Trentino) steht die große Mittelmeerinsel bekanntlich im Genusse eines Autonomiestatutes mit eigenem Regionalparlament und Regierung. Was bei der Aufnahme dieser Spezialregelung für die «Regionen» in die republikanische Verfassung von allem Anfang an zu befürchten war, das heißt ein fast bis zum Separatismus gesteigerter Campanilismus, der seine Wurzeln im ohnehin in ganz Italien verbreiteten Ressentiment gegen die in Rom konzentrierte zentrale Regierungsgewalt hat, wird der Umwelt nun in Reinkultur vorgeführt. Die Heldenrolle in dieser sizilianischen Tragikomödie spielt *Silvio Milazzo*, Chef der Palermitaner Regionalregierung, ein Abtrünniger der *Democrazia cristiana*. Vor Jahresfrist gründete er bekanntlich die christlichsoziale Apostaten-Partei, die in der italienischen Innenpolitik ungefähr eine ähnliche Rolle spielt wie das gegenwärtige Frankreich im *Nato*-Verband.

Mit Überläuferstimmen aus dem christlichdemokratischen Lager und vor allem mit dem Sukkurs der Kommunisten, Linkssozialisten und Neofaschisten gelang es Milazzo Mitte Dezember ein zweites Mal, nachdem seine erste Regierung in einer Budgetabstimmung zu Fall gekommen war, eine sehr prekäre Mehrheit zu finden. In der neuen Regierung sitzen zwar keine Marxisten. Sie verfügen aber über die Mehrheit in den ausschlaggebenden Budget- und andern Kommissionen und sind damit der seit jeher erstrebten Machtübernahme um einen bedrohlichen Schritt nähergekommen.

Zur Verhinderung dieser Entwicklung hat die zentrale Parteileitung der *Democrazia cristiana* alle Hebel in Bewegung gesetzt, um

mit Milazzos christlichsozialer Splitterpartei einen *modus vivendi* zu finden. Ihre Konzeptionsbereitschaft ging sogar bis zum Angebot einer Zusammenarbeit mit den Linksozialisten, unter der Bedingung, daß Nenni die seit Kriegsende währende Interessengemeinschaft mit den Kommunisten aufgeben würde, obwohl dieses Entgegenkommen in striktem Gegensatz zu der kurz vorher durch den Florentiner Parteikongreß festgelegten Parteipolitik stand. Doch der schlaue Togliatti wußte die verhaßten christlichdemokratischen Gegner in Rom im Ringen um Milazzos politische Seele zu überspielen.

Innenpolitische Wolken

Diese Abfuhr der *Democrazia cristiana* kann weitreichende Folgen haben, denn der, wenn nun auch mißglückte peripherische Versuch einer «*apertura a sinistra*» hat die Rechtsparteien und die Liberalen zutiefst verstimmt. Bereits hört man aus ihren Reihen, man werde die De-facto-Interessengemeinschaft mit der Regierung Segni überprüfen, wenn nicht geradezu aufkündigen, deren Standfestigkeit auf alle Fälle eine weitere Einbuße erlitten hat. Was ihren Sturz bis anhin verhinderte, ist die Furcht vor einer neuen Regierungskrise, die in eine eigentliche Regimekrise ausarten könnte.

Was das große staatsmännische Genie *De Gasperi* einerseits und die Angst vor dem Versinken in den Kommunismus andererseits jahrelang fertigbrachten, das heißt die loyale Koalition aller demokratischen Parteien, ist im heutigen Italien augenscheinlich ein Ding der Unmöglichkeit. Und doch wäre sie die einzige erfolgversprechende politische Lösung. Es ist ein Verhängnis, daß der italienische Sozialismus sich nicht von der kommunistischen Hypothek zu befreien weiß, wie das jüngste sizilianische Exempel wieder klar bewiesen hat. In doktrinärer Sturheit verharrt der *Partito socialista italiano* auf einer Parteilinie, die in Mittel- und Nordeuropa seit Jahren, ja zum Teil seit Jahrzehnten überwunden ist. Kann man sich einen grö-

ßern Unterschied als zwischen dem P. S. I. und der deutschen Schwesterpartei vorstellen, die den Marxismus am letzten Parteikongreß praktisch über Bord geworfen und sich zur Akzeptierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung und ähnlicher «*Todsünden*» durchgerungen hat?

Als einziger Trost in der verfahrenen Situation bleiben zwei Dinge: die Hoffnung, daß der «*stellone*», das traditionelle Glück, das Italien in schwierigen Zeiten noch selten verlassen hat, ihm auch diesmal treu bleiben wird, und die Situation bei den Kommunisten.

Krisenstimmung auch im kommunistischen Lager

Das neue Tauwetter mit der lauen Föhnluft aus Camp David hat nämlich nicht nur das demokratische Lager aufgeweicht, sondern scheint bei den Marxisten ähnliche Wirkungen zu erzielen. Nachdem Eisenhower, Macmillan, ja sogar der vielverlästerte de Gaulle für das rote Lager salonfähig geworden sind, hält es schwer, gleichzeitig die lauen Parteitmitglieder und noch mehr die Fellow-Travelers gegen den amerikanischen Monopolkapitalismus, den britischen Imperialismus und den französischen Kolonialismus aufzuhetzen. Es ist deshalb nur allzu begreiflich, wenn Togliatti die für seine Partei gefährliche internationale Entspannung, die natürlich auch die verkrampte Abwehrstellung an der innern Front zu lösen droht, durch das Anziehen der Parteizügel zu parieren versucht. Statt Nachgiebigkeit predigt er neuerdings schroffen Doktrinarismus, dem allgemeinen Trend im marxistisch beherrschten Weltteil folgend. Togliatti nimmt dabei bewußt die Möglichkeit einer massiven Lichtung seiner Anhängerschaft in Kauf, wohl wissend, daß ein reduzierter, aber im Kampfeifer intakter Parteibestand auf die Dauer wichtiger ist als eine aufgeblähte Massenpartei, auf die in kritischer Zeit kein Verlaß sein kann.

Ganz besonders scheint ihm volle Linientreue auch deshalb wichtig, weil eine Opfe-

rung der italienischen Kommunisten durch Sowjetrußland im Falle einer politischen Generalvereinbarung mit den Westmächten durchaus im Bereiche der Möglichkeiten liegt. Schon jetzt möchte offenbar Togliatti der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit spektakulärer Absprünge wie nach dem Ungarnaufstande vor drei Jahren durch Straffung der Parteidisziplin à outrance begegnen. Ob diese Rechnung aufgeht, steht auf einem anderen Blatte.

Die Südtiroler Frage

Man muß die ganze innenpolitische Entwicklung Italiens der jüngsten Vergangenheit in Berücksichtigung ziehen, wenn man die Haltung der italienischen Regierung in der leidigen Grenzzonenfrage verstehen will. Wir haben das Südtirol seit längerer Zeit nicht besucht, so daß wir uns einer Stellungnahme zur Frage der Berechtigung aller Forderungen auf Grund des De Gasperi-Gruber-Abkommens enthalten möchten. Die öffentliche Meinung Italiens steht unter dem bestimmten Eindruck, daß die Südtiroler «rivendicazioni» weitgehend durch demagogische Verhetzung aus dem Nordtirol bestimmt seien. Was daran als berechtigt anerkannt wird, wie zum Beispiel die Doppelsprachigkeit im Amts- und Gerichtswesen und anderes mehr, sucht man nun zu erfüllen. Als unannehmbar lehnt man die verlangte Schaffung einer eigenen «Region» Südtirol ab, nach den trüben Erfahrungen in Sizilien und im Aostatal erst recht. Man befürchtet in Rom wohl nicht ohne Grund, daß durch Gewährung einer solchen Regionalautonomie den zentrifugalen Kräften in Nord- und Südtirol ein so starker Auftrieb verschafft würde, daß die völlige Trennung vom italienischen Staatsverband nur mehr eine Frage der Zeit wäre. Italiens wirtschaftliche Interessen im Südtirol, von strategischen und andern Erwägungen ganz abgesehen, sind so wichtig geworden, daß diese Eventualität in Italien undiskutierbar ist. Man sieht deshalb in Rom der Weiterziehung der Angelegenheit vor

ein internationales Forum gelassen entgegen, ja man ist nach der in Italien kolportierten Ablehnung von seiten der USA, als Vermittler zwischen Wien und Rom zu wirken (die Aufforderung sei vom Ballhausplatz ausgegangen), selbstsicherer als je zuvor.

Wir halten nach wie vor dafür, daß ein Ausgleich bei beidseitigem guten Willen möglich ist. Im Zeitalter der mit raschen Schritten der Verwirklichung entgegeneilenden Integration Europas und angesichts der latenten Drohung aus dem Osten ist dieser Bruderzwist anachronistisch und tief bedauerlich zugleich.

Außenpolitische Betriebsamkeit

Auch die italienischen Politiker sind vom bekannten Reisefieber erfaßt, das gegenwärtig die ganze Welt heimsucht. Wenn die staatsmännische Weisheit proportional der Zahl der abgefahrenen und abgeflogenen Kilometer wächst, so steht auch Italien vor den Paradiesespforten. Nachdem Eisenhower auf seiner Blitztour Italien die Konsultierung in gewissen wichtigen Fragen als fünftem der «Großen» versprochen hat, wohl in Anerkennung seiner Nato-Treue, verfolgt die geplante Moskareise des Staatspräsidenten *Gronchi*, neben dem allgemeinen Zweck einer Klimaverbesserung in den West-Ost-Beziehungen auch die Absicht, Italiens Prestige im Kreml zu heben. Der italienische Außenhandelsminister, der im Dezember mit einem neuen, für beide Teile interessanten Handelsvertrag aus Moskau zurückgekehrt ist, hatte dort gute Vorarbeit geleistet.

Dem Gipfeltreffen am 16. Mai sieht man in Italien ohne übergroßen Optimismus entgegen und macht sich auf alle Fälle auf langes Feilschen und Markten gefaßt, was ja ohnehin der Landessitte entspricht.

Oeconomica

Man ist in Italien sehr erfreut über die alle Erwartungen übersteigende Außenhandels-

ausweitung im Rahmen der EWG, so daß, ähnlich wie in Frankreich, der Wunsch nach Assoziierung mit den «Äußeren Sieben» kaum aufkommt. Man steht deshalb der eben aus der Taufe gehobenen EFTA mit bedauerlichem Unverständnis, ja oft mit scharfer Kritik gegenüber, die man weitherum als Repressalie der «bösen Engländer» gegen das langsam entstehende kontinental-europäische Staatengebilde auffaßt. Eine sachliche Aufklärung des italienischen Publikums gerade von der Schweiz aus wäre dringend nötig.

Diese Skepsis gegenüber der EFTA wird durch die bereits erwähnte Tatsache einer ganz bedeutenden Import- und Exportsteigerung im EWG-Rahmen noch gefördert. Während nämlich der totale Einfuhrwert in den ersten zehn Monaten um 2%, der Ausfuhrwert um fast 9% gestiegen ist, hob sich der Importumsatz mit den EWG-Partnern um volle 25% und die Exportziffern um beinahe 20%, wobei ja bis jetzt die Zölle erst um 10% gesenkt wurden und diese Ermäßigung ja auch den übrigen OECE-Mitgliedern zugutekam. Der Passivsaldo der totalen Handelsbilanz wird am Jahresende voraussichtlich wenig über 300 Mrd. Lire betragen, gegenüber ungefähr 400 Mrd. Lire im Vorjahr.

Im Handelsaustausch mit dem Ausland fällt vor allem die Steigerung der Exporte nach den USA, Großbritannien und Deutschland auf, Länder, mit denen Italien bis anhin chronische Passivbilanzen hatte. Nun sind sie fast oder ganz ausgeglichen. Der Siegeszug

der italienischen Bekleidungsindustrie im Auslande hält an. «Made of Italy» auf Schuhen, Röcken, Mänteln, Hüten usw. ist heute eine erstklassige Verkaufshilfe geworden, wie sie vor zehn Jahren noch niemand geahnt hätte. Zum ersten Male seit Kriegsende ist auch die Arbeitslosenzahl massiv gesunken. Wer heute noch stempeln gehen muß, von gewissen Gegenden Mittel- und Süditaliens abgesehen, wo trotz den gewaltigen Investitionen auf den verschiedensten Gebieten durch die Südkasse die Arbeitsmöglichkeiten immer noch limitiert sind, ist entweder arbeitsunfähig oder arbeitsunwillig.

Der Lebensstandard hebt sich von Jahr zu Jahr. Das beste Barometer dafür ist die ungeahnte Zunahme des Autoverkehrs, trotz den nach wie vor übersetzten Benzinpreisen und Straßenbenützungsteuern. Die «Autostrada del Sole» von Mailand nach Neapel ist im Norden von Mailand bis Bologna und im Süden von Neapel bis Capua im Betrieb. Die landschaftlich schönste und technisch schwierigste Teilstrecke Bologna-Florenz wird im kommenden Sommer eröffnet werden.

Die kommende Olympiade in Rom fällt mit einem wirtschaftlichen Aufschwung Italiens zusammen, der in Europa bloß noch von Westdeutschland übertroffen wird. Man möchte ihm von Herzen eine ähnlich erfreuliche Konsolidierung im politischen Sektor wünschen.

Peregrinus

Innenpolitische Tagesfragen

Trost auf kurze Sicht

Die Erschütterung, die die Wahl von gleich zwei Sozialdemokraten in den Bundesrat zur Folge hatte, hat sich vielerorts rasch gelegt, als bekannt wurde, daß sie keines der «großen» Departemente übernommen haben.

Das Gefühl verbreitete sich, es werde also offenbar nicht viel «passieren». Diese Reaktion war nicht nur kurzsichtig, sondern zeugte von mangelndem Denken. Schon bei der nächsten Vakanz werden die zwei Sozialdemokraten, von denen einer für sein hohes Amt noch ausgesprochen jung an Jahren ist,

zu den Bisherigen zählen, die herkömmlicherweise in der Wahl der Departemente ein Vorrecht vor dem neuen Bundesrat haben werden. So kann schon recht bald und auf lange Dauer ein «großes» Departement einen sozialistischen Vorsteher erhalten. Die Departementsverteilung ändert am eingetretenen Kurswechsel nichts. Die sozialdemokratische Presse hatte daher gute Gründe, sich durch die Departementsverteilung die Freude über den Erfolg nicht trüben zu lassen. Was nicht im ersten Anhieb gelungen ist, wird sich in einem spätern, wenn entsprechende persönliche Wünsche vorliegen, ohne viel Mühe einstellen. Erst dann wird sich der Zustand voll auswirken, daß die Schweiz nun, um ein Wort von Nationalrat *Dürrenmatt* zu gebrauchen, eine Regierung aus lauter Minderheiten hat.

Es gehört zu den Sonderbarkeiten des Lebens, daß schon heute mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vorausgesehen werden kann, daß die sozialistische Vertretung in der Ständekammer anlässlich der Wahlakte, durch die die Nachfolger der beiden sozialdemokratischen Bundesräte zu bestimmen sind, eine Schwächung erfahren wird. Dabei wird in den betreffenden Kantonen nicht einmal eine Verletzung wirklich ausgewiesener proportionaler Ansprüche eintreten.

Arglist der Zeit

In der Märzsession der eidgenössischen Räte wird die Ratifikation des Beitrittes der Schweiz zur Europäischen Freihandelsassoziation erfolgen. Man müßte sich nicht wundern, wenn sie einstimmig gutgeheißen würde. Die Stimmen, die sich gegen den Beitritt aussprechen und dabei meist als Alternative die individuelle Assoziierung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft empfehlen, sind nicht nur vereinzelt, sondern ohne jedes Echo geblieben. Mit einer Hartnäckigkeit, die einer bessern Sache würdig wäre, verfolgt zwar Prof. *Hallstein*, der Präsident der «Kommission» der Wirtschaftsgemeinschaft, das Ziel, den Mitgliedstaaten der Freihandels-

assoziation den individuellen Anschluß — den Neutralen ohne politische Verpflichtungen — zu empfehlen. In diesem Sinne hat er sich in einem Vortrag in Basel und kürzlich wieder vor der Europäischen Konsultativversammlung geäußert. In Österreich hat er damit eine gewisse Unsicherheit hervorzurufen vermocht, die aber die politisch verantwortlichen Kreise und insbesondere die Regierung nicht erfaßte, die unerschütterlich zur Freihandelsassoziation steht. In der Schweiz blieben diese Versuche ohne jede Wirkung. Es bedarf nur eines gewissen Maßes an Nachdenken, um die völlige Unmöglichkeit einer solchen Lösung für die Schweiz zu erkennen. Müßte ein einzeln «assoziierter» Staat zwar nicht die ausgesprochen politischen Bindungen auf sich nehmen (deren Abgrenzung von den wirtschaftlichen eine Frage für sich wäre), wohl aber die wirtschaftlichen, so würde dies vor allem die Annahme des gemeinsamen Außenzolltarifs bedeuten. Das käme aber dem Verzicht auf eine selbständige Handelspolitik gleich, ganz abgesehen davon, daß der gemeinsame Außentarif der EWG auf die Schweiz absolut nicht passen würde. Der Verzicht auf eine selbständige Außenhandelspolitik und damit eines der wesentlichsten Attribute eines souveränen Staates liegt aber für die Schweiz außerhalb dessen, das überhaupt erwogen werden kann, selbst wenn daraus große wirtschaftliche Nachteile erwachsen. Der Weg liegt für sie klar. Die Ratifikation des Beitrittes zur Freihandelsassoziation ist für sie eine zweifelsfreie Gegebenheit.

Nach der «Gazette de Lausanne» hat in der Westschweiz ein bäuerlicher Referent an einer Versammlung erklärt, den Bauern liege die EWG gefühlsmäßig näher, weil sie in der Agrarpolitik ein System der Lenkung vorsehe. Dieser Mann würde sich höchlich wundern, wenn die Schweiz gemäß dem Mansholtplan die Angleichung der Agrarpreise innerhalb der EWG an ein mittleres Niveau mitmachen müßte, was für die Schweiz eine bedeutende Senkung des landwirtschaftlichen Preisniveaus bedeuten würde.

Wir erleben es wieder einmal, daß sich das Schweizervolk aus Instinkt und langer Erfahrung enger zusammenschließt, wenn Gefahr von außen droht. Schon der Bund auf dem Rütli ist wegen der «Arglist der Zeit» beschworen worden.

Ausgeschlagenes Erbe?

Als kurz vor dem Jahreswechsel der Chef des Eidg. Militärdepartementes die Grundzüge des Plans der künftigen Armeeorganisation bekanntgab, lag es nahe, daß auch über die Deckung der zusätzlichen Kosten etwas gesagt wurde, um so mehr als der Bundesrat von Anfang an klargestellt hatte, daß diese Kosten im Finanzplan, der der heutigen Finanzordnung zugrundeliegt, nicht inbegriffen seien. Der damalige Chef des Finanzdepartementes teilte den Willen des Bundesrates mit, die Verstärkung der Rüstung nicht durch Anleihen zu finanzieren. Das war in Ordnung. Eher überraschen mußte es, als er dann, nur noch wenige Tage im Amt, konkrete Lösungen darlegte, wie sie im Finanzdepartement erwogen worden sind. Auch ein Zeitplan wurde bekanntgegeben: die Beratungen sollten schon in der kommenden Märzsession einsetzen, im Juni abgeschlossen werden und eine fertige Verfassungsvorlage gleich nachher vor die Volksabstimmung kommen. Die sichtliche Unausgereiftheit der Überlegungen des Finanzdepartementes und der Wechsel in dessen Leitung ließen den hastigen Zeitplan von vorneherein als zweifelhaft erscheinen. Die Frage mußte sich stellen, ob die Vorschläge überhaupt ins Konzept des neuen Chefs passen würden, und ob er bereit sei, sich festlegen zu lassen, ohne sich die Zeit zur eigenen Prüfung zu nehmen. Pressiert er weniger, so wird dies nur von Gutem sein. Im Jahr 1961 wird von der Armeeorganisation noch so gut wie nichts Wirklichkeit sein. Es ist daher auch nicht nötig, ja widersprüche dem Konzept des heutigen Finanzplans, wenn neue Steuern oder Steuererhöhungen bereits 1961 fließen würden. Damit warte man um so eher,

bis die Kosten wirklich laufen, als der Bund finanziell keineswegs knapp wäre, wenn die Zivilausgaben nicht übermäßig aufgebläht worden wären. Die Frage ist noch offen, ob vor dem Ablauf der heutigen Finanzordnung neue Fiskallasten überhaupt nötig und annehmbar sind. Und wenn schon: Dann in Form einfacher Zuschläge, ohne sonstige Änderungen. Es würde einer Überforderung unserer Demokratie gleichkommen, im Laufe einer nur sechs Jahre dauernden Finanzordnung einen grundsätzlichen Kampf durchzuführen zu wollen, um ihm gleich auf den Ablauf der Finanzordnung hin einen neuen folgen zu lassen. Der Ökonomie der Kräfte sollte auch im politischen Bereich etwas Rechnung getragen werden.

Neue Aspekte der Mietpolitik

Die Beratung des Verfassungszusatzes über die Preis- und Mietenkontrolle ist zeitlich in Rückstand geraten, weil die nationalrätliche Kommission mit knapper Mehrheit Nicht-eintreten beschlossen hatte. Da der Nationalrat diesen Beschluß umstieß, muß die Kommission die Detailberatung nun nachholen. Das Ratsplenum wird sich die Vorlage in der Märzsession vornehmen. Ob in der gleichen Session schon übereinstimmende Beschlüsse beider Räte zustandekommen werden, ist nicht voraussehbar. Die Zeit ist nun außerordentlich knapp geworden, muß doch auch noch ein Ausführungsgesetz erlassen werden.

Schon den Beratungen der Kommission werden bessere Unterlagen zur Verfügung stehen als bisher. Die Subkommission der Eidg. Preiskontrollkommission hat ihre Beratungen über die Frage, wie die freiheitlichere Mietenüberwachung an Stelle der bisherigen Kontrolle durchgeführt werden könnte, abgeschlossen. Es stellte sich ihr die Frage, wie auf der einen Seite die freie Vereinbarung der Mieten wieder hergestellt, auf der andern Seite aber eine Ausbeutung der Wohnungsknappheit verhindert werden könne. Es ist anzunehmen, daß schon die Kommission, später aber auch das Ratsplenum im

Detail orientiert werden und die Vorschläge auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Da der Gedanke der Überwachung statt der Kontrolle neu ist, und es daher nicht so leicht ist, sich die Durchführung vorzustellen, ist die Verbreiterung der Diskussion zu begrüßen. Mancher, auch unter den Parlamentariern, der heute noch davor zurückscheut, neuen Wegen zuzustimmen, weil ihm diese unbekannt vorkommen, dürfte dann in die Vorschläge, die ursprünglich auf Prof. Dr. *Böhler* zurückgehen, Vertrauen fassen. In der Tat ist es an der Zeit, nicht immer nur das Bestehende zu verlängern, sondern wenigstens grundsätzlich einmal den Schritt zur Wiederherstellung freier Zustände zu markieren.

Maßvolle Konzessionsordnung

Die kürzlich vom Bundesrat erlassene neue Automobilkonzessionsverordnung hat offenbar von der kritischen Haltung der Öffentlichkeit profitiert. Sie ist relativ liberal ausgefallen und schafft im Rahmen des Möglichen Klarheit darüber, welche Fahrten konzessionspflichtig sind und welche nicht. Überall dort, wo keine oder keine genügenden öffentlichen Verkehrsmittel bestehen, wird die private Initiative nun Raum finden können, sei es der private Transport von Arbeitnehmern, sei es der Mitfahrerverkehr. Die Verordnung verwendet allerdings — was sich nicht ganz vermeiden ließ — elastische Begriffe. An Grenzfällen wird es in der Praxis nicht fehlen. Somit ist auch die weitere Wachsamkeit der Öffentlichkeit geboten.

Schwieriger Aufbau

In der Schriftenreihe des «Vereins für wirtschaftshistorische Studien» ist kürzlich das zehnte Heft über Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik erschienen. Es schildert die Tätigkeit von fünf Gründergestalten der deutschschweizerischen Industrie. Es ist recht nützlich, sich in jene Zeit zurückzusetzen. Die Gründung von industriellen Un-

ternehmungen verlangte in jener Zeit ganz außergewöhnliche Anstrengungen. Kapital war wenig vorhanden. Man liest da vom Bau einer kleinen Fabrik, die nur möglich wurde, weil Brüder, Schwager, Onkel und Freunde ihre Ersparnisse zusammenlegten. Und als der endlich eingerichtete Betrieb, weil zu klein, nicht rentierte und kein Geld zur Vergrößerung da war, ging man resolut zur Tag- und Nachtschicht über, wobei sich die Inhaber an der letztern abwechselnd beteiligten. So kam man über den Graben und öffnete sich der Weg zu einer gedeihlichen Entwicklung.

Diese Reminiszenz ist wert, in einer Zeit bedacht zu werden, in der die internationale Entwicklung wohl dazu führen wird, daß sich auch die Schweiz an der Hilfe für unterentwickelte Länder stärker wird beteiligen müssen. Die «Unterentwickelten» erwarten oft genug, daß ihnen die industriellen Staaten ganz einfach bringen, was sie nicht haben. Sie vergessen, was es brauchte, um auch in Europa und Amerika einst die Industrie zu entwickeln: Verzicht auf Verbrauch, um Kapital bilden zu können; außergewöhnliche Anstrengung und Initiative; Ausdauer und den Willen zur steten Verbesserung von Können und Leistung. Nach einem klugen Wort von Bundesrat *Wahlen* sollte in der Hilfe an die Unterentwickelten mehr «von unten nach oben» statt «von oben nach unten» gearbeitet werden. Ohne den Willen zur Selbsthilfe und zur eigenen Anstrengung wird es nicht gehen. Akademiker haben die industriell rückständigen Völker noch relativ rasch in genügender Zahl, nicht aber gelernte Arbeiter, tüchtige Bauern, gute Angestellte, den modernen Anforderungen gewachsene, integre Beamte, Vorarbeiter und Werkmeister. Es kann eine Aufgabe der Schweiz werden, dem «von unten nach oben» stärker zum Durchbruch zu verhelfen, wenn die Verhältnisse schon dazu führen, daß sie sich auf diesem Gebiet stärker beteiligen muß.

Helveticus

Ein Besuch beim IMEDE in Lausanne-Ouchy

Die Welt wandelt sich unaufhörlich, gleich den Wolken, welche den Erdball einhüllen. Große und kleine schweizerische und ausländische Unternehmen werden, ob sie sich darüber klar sind oder nicht, vom Sog dieser Strömung erfaßt. Während unsere Augen sich noch der Epoche der Pioniere und der großen autokratischen Industriegewaltigen zuwenden, welche sich kaum um Auswahl und Formung ihres Kadern kümmerten, bewegen wir uns schon mit vollen Segeln in der Ära der Gemeinschaftsarbeit und der Methoden der Unternehmensführung.

Unter diesen Bedingungen hat eine schweizerische Firma von Weltbedeutung, die *Nestlé-Alimentana Company S. A.*, 1957, unter dem Patronat der Universität Lausanne, eine Stiftung errichtet, deren wohlklingender Name IMEDE, Institut pour l'étude des méthodes de direction de l'entreprise, bedeutet. (Auf Englisch: Management Development Institute; auf Deutsch: Institut für das Studium der Unternehmensführung. Der Sitz dieser Einrichtung ist der schöne Bellerive-Park in Lausanne-Ouchy.

Zwar hatte schon 1947 die kanadische Aluminium Limited das CEI (Centre d'études industrielles) in Genf gegründet, und 1954 errichteten eine Anzahl Industrieller, führender Kaufleute und auf die wissenschaftliche Organisation spezialisierter Akademiker die C. S. (Cours suisses de direction d'entreprises) in Zürich. Dennoch ist aber das IMEDE in mancher Hinsicht in Europa einzig in seiner Art.

Beim Verlassen der von Gesprächen von «Schülern» und Professoren summanden Cafeteria orientiert uns der Generalsekretär *Georges Fiechter* über Leben und Ziele des Bellerive-Instituts. Anschließend lädt er uns ein, nicht etwa einer Vorlesung oder einem Seminar, sondern einer nach der reinsten sokratischen und Harvard-Methode geführten Form der Arbeit und der Diskussion beizuwohnen, wobei es um einen jener berühmten «Fälle» geht, auf die wir noch zurück-

kommen werden. Es scheint sich hier um das Fabrikgeheimnis des IMEDE zu handeln sowie um das geistige Trapez, von dem aus die kommenden Unternehmensleiter sich scheinbar mühelos zu den Schlüsselstellungen emporschwingen.

Glück und Verdienst der Paten des IMEDE bestehen darin, daß es ihnen, vor finanziellen Opfern nicht zurückschreckend, gelang, von Anfang an die Mitarbeit von etwa zwanzig mit Forschungen betrauter Professoren und Assistenten sicherzustellen, welche durch die Harvard-Universität oder andere ähnliche Institutionen, die der Unternehmensführung neue Wege gezeigt haben, geprägt worden sind.

Diese Professoren stellen dem IMEDE nicht nur die ganze praktische und wissenschaftliche Dokumentation und Erfahrung Harvards zur Verfügung (unter anderem mehrere hundert klassische, dem Geschäftsleben Amerikas entnommene «Fälle»), sondern sie haben, auf Grund einer Sonderregelung, auch auf das *consulting* verzichtet, das in den USA eine beträchtliche Einnahmequelle bildet. Sie widmen ihre ganze Zeit dem IMEDE. So haben sie es mit ihren Assistenten fertiggebracht, in nur drei Jahren ein neues Dossier über 250 gesichteter und eingeordneter «Fälle» aus einer Reihe großer europäischer Unternehmungen zusammenzustellen. Die Qualität dieses neuen Materials ist so, daß die Harvard-Universität mit dem Copyright des IMEDE bereits einen Teil davon neben ihren eigenen Dossiers benützt.

Die Zahl der Studenten beträgt gegenwärtig 37. Sie gehören etwa zwanzig verschiedenen, großen Firmen meist internationalen Charakters an und vertreten mehr als zwanzig europäische, amerikanische, afrikanische und asiatische Länder. Jeder von ihnen besitzt schon solide Kenntnisse und Geschäftserfahrungen. Ihr Durchschnittsalter liegt bei 35 Jahren. Sie sind also im allgemeinen in jenem Stadium angelangt, in dem man sich auf die Übernahme leitender Funk-

tionen vorbereitet. Über alle Unterschiede der Herkunft und der akademischen oder Berufsausbildung hinweg sind sie durch die gemeinsame Bemühung verbunden, welche unter ihnen dauernde Freundschaften besiegeln wird. Es ist selbstverständlich, daß die Umgangssprache am IMEDE das Englische ist.

Wie uns der Direktor, *Dean Clark E. Myers*, beim gemeinsamen Mittagessen bestätigte, erstreckt sich der Studienplan zu einem Drittel auf Kontrolle, allgemeine Buchhaltung, Finanzierung und Statistik (das ist offenbar der in der Schweiz wie in den USA allgemein beobachtete schwache Punkt) und zu einem weiteren Drittel auf den Bereich der Verteilung (Marktforschung, Verkauf, internationaler Handel usw.); ein Sechstel bezieht sich auf die Unternehmensführung (Produktion, Fabrikleitung, Geschäftspolitik usw.), und schließlich ein weiteres Sechstel betrifft die menschlichen Beziehungen (Personal, Arbeiter, Gewerkschaften). Das Schulgeld, das im allgemeinen von den Unternehmungen bezahlt wird, welche die Studenten an das IMEDE entsenden, beträgt für achteinhalb Monate 5000 Franken, zusätzlich die Kosten für einen obligatorischen zehnwöchigen Aufenthalt in einem Hotel bei Ouchy, der unter den Teilnehmern einen Gemeinschaftsgeist schaffen soll. Diese Beträge sind verhältnismäßig groß; aber im Hinblick auf das zukünftige Ergebnis lohnt sich das Opfer.

Die Methode der besonderen «Fälle», welche an das Studium interessanter klinischer Fälle durch künftige Ärzte erinnert, will keineswegs eine magische Formel lehren, welche in allen erdenklichen Situationen automatisch angewendet werden könnte, was der Verschiedenheit von Menschen und Problemen widerspräche. Vielmehr handelt es sich um eine grundsätzlich allen Geschäftsleuten der Welt zugängliche Art, die durch Gang und Führung der Unternehmungen gestellten Fragen anzupacken, in die richtige Perspektive zu rücken und vernunftgemäß zu lösen.

Wie geht nun das IMEDE dabei vor? Nachdem die Mitglieder einer kleinen, sorgfältig zusammengestellten Studiengruppe einen bestimmten «Fall», dessen Voraussetzungen ihnen unterbreitet worden sind, zunächst einzeln bearbeitet und dann die möglichen Lösungen miteinander besprochen haben, stellen sie sich «dem großen Rund» des Auditoriums, in Gegenwart aller ihrer Mitschüler. Im Zentrum des Halbkreises hört der Professor zu, beobachtet und befragt die Studenten, wobei er sich hütet, ihnen seine eigene Lösung aufzudrängen. Im Lauf der sich frei, aber auch stürmisch abwickelnden, manchmal von homerischem Lachen unterbrochenen Diskussion schreibt er die wesentlichen Elemente an die Tafel, ordnet sie und bringt sie allmählich in Tabellen oder Zahlen, bis die Entscheidungen sich abzeichnen und aufdrängen. Die internationale Herkunft und die Geschäftserfahrung der «Schüler» des IMEDE verleihen diesem Unterricht einen besonderen Ton und gewöhnen die Teilnehmer daran, die Fragen von einem europäischen und weltweiten Gesichtspunkt aus zu sehen.

Wenn sie einmal mit dieser Methode vertraut sind, welche den analytischen Geist schärft und die jungen Spezialisten in «Generalisten» verwandelt (um einen ausdrucksvollen Neologismus zu verwenden), helfen die Studenten des IMEDE den Generalstab ihrer Unternehmung verstärken. Unter ihnen werden die großen Geschäftsleiter die Leute finden, welche fähig sind, die Gegebenheiten der zu lösenden Probleme zu analysieren und einzuordnen, bis zu jenem Punkt, von dem aus der *Boß*, gut unterstützt und von sekundären Aufgaben befreit, in genauer Kenntnis der Dinge seine Entscheidung treffen kann, indem er das ganze Gewicht seiner menschlichen und geschäftlichen Erfahrung in die Waagschale legt.

Das sind, in kurzen Zügen, Gang und Ziel der Aufgabe, welche das IMEDE im Bellerive-Park in Lausanne-Ouchy übernommen hat.

Aymon von Mestral

Die militärische Ausbildung im Jahre 1960

Das Sturmgewehr

Die militärische Ausbildung dieses Jahres erhält ihr besonderes Gepräge durch die Einführung des Sturmgewehrs in den Auszugstruppen der Infanterie und der Leichten Truppen. Sie erfolgt durch die Ausrüstung der Rekruten und die Umbewaffnung der Feldarmee. In den Rekruten- und Unteroffiziersschulen der Infanterie und der Leichten Truppen werden alle Rekruten und UOS an dieser Waffe ausgebildet und damit ausgerüstet. Auch die Rekruten der Panzer- und Panzerjägertruppen erhalten das Sturmgewehr. Bisher waren die Panzermannschaften nur mit der Pistole bewaffnet, weil in der Enge des Panzers kein Platz für Karabiner vorhanden sei. Es ist vorläufig nicht bekannt, was die Panzerbesatzungen mit dem Sturmgewehr anfangen werden.

Als automatische Waffe ersetzt das Sturmgewehr den Karabiner, das Leichte Maschinengewehr und die Maschinenpistole. Es verschießt nicht nur die überlieferte Gewehrpatrone im Einzelfeuer oder in Feuerstößen, sondern auch Hohlpanzergranaten für die Panzerabwehr, Stahlgranaten und Nebelgranaten. Die Einführung des Sturmgewehrs erfordert eine grundsätzliche Neuorganisation der Kampfeinheiten der Infanterie und der Leichten Truppen. Sowohl dem Einzelkämpfer als auch den Gefechtsgruppen und -zügen fallen neue schießtechnische und taktische Aufgaben zu, welche die Selbständigkeit des einzelnen Soldaten und der Führer der kleinsten Verbände auf dem Gefechtsfeld stärker betonen. Nach Auffassung des Bundesrates kommt daher der Einführung des Sturmgewehrs bei der Infanterie und den Leichten Truppen eine weitreichendere Bedeutung zu als der Ersetzung des Gewehrs 1911 durch den Karabiner 1931. «Es handelt sich nicht bloß um die Ersetzung einer Waffe durch eine neuere Waffe gleicher Art, sondern um die *Einführung eines neuen Waffentyps*

auf breiter Grundlage, wodurch Organisation und Einsatz der Truppe verändert und auch an die Ausbildung grundsätzlich neue Anforderungen gestellt werden¹.»

Mit der Einführung des Sturmgewehrs beginnt in den Rekrutenschulen *eine neue Epoche der Infanterieschulung*. Nach Angaben des Waffenchefs der Infanterie, Oberstdivisionär Waibel, handelt es sich darum, eine Waffenkonzeption zu verankern, die auf Jahrzehnte hinaus die Infanterieausbildung prägen wird. Es soll ein Soldatentyp verwirklicht werden, der aus dieser neuen Waffe alles herausholt, was sie an technischen Möglichkeiten bietet, um den Kampfwillen voll zur Geltung zu bringen. «Der Leitgedanke der Sturmgewehrkonzeption besteht darin, die Verantwortung für die Verteidigung unserer Freiheit in weitgehendstem Maße dem einzelnen Wehrmanne zu überbinden und diesen zu befähigen, mit einer wirksamen Waffe seinen persönlichen Beitrag am Kampfgeschehen leisten zu lassen. Darum kommt dem Verantwortungsbewußtsein, der inneren, freiwilligen Disziplin des Einzelnen entscheidende Bedeutung zu. Das Verantwortungsbewußtsein kommt aber im Kampfe nur zum Tragen, wenn Selbständigkeit, harter Wille und sicheres Können das Handeln des Wehrmannes kennzeichnen.» Der Typus des Sturmgewehrsoldaten, der dem Waffenchef der Infanterie vorschwebt, ist eine Synthese der beiden Nahkämpfer der Infanterie: des Füsiliers und des Grenadiers. «In seinem Wesen muß der Wille zum Sturm — dem ja die neue Waffe dienen soll — vorherrschen. Darum muß der neue Füsilier mehr vom Geiste und vom Gefechtsverfahren unserer Nahkampfspezialisten aufnehmen.»

Auf dem Wege der Rekrutenausrüstung dringt das Sturmgewehr vom Frühling 1960

¹ Botschaft vom 23. 10. 1959 über Unteroffizierkurse für die Einführung des Sturmgewehrs.

an in die Auszugseinheiten der Infanterie und der Leichten Truppen. Die ersten Sturmgewehrsoldaten werden von 1961 an zu den WK ihrer Einheit einrücken. Die als zweiter Weg vorgesehene Umbewaffnung der Feldarmee wird die Einführung des Sturmgewehrs wesentlich beschleunigen. Als erste Heereseinheit kommt dieses Jahr die 6. Division zum Zuge. Ihre Auszugseinheiten der Infanterie und der Leichten Truppen und die beiden selbständigen Füs.-Bataillone 61 u. 78 werden von Mitte August bis Mitte Oktober in drei WK-Gruppen mit der neuen Waffe ausgerüstet. Abweichend von der bisher geltenden Verteilung der WK werden sämtliche Dienstpflichtigen der betreffenden Einheiten zum Umschulungs-WK aufgeboten, um die Umschulung möglichst umfassend zu gestalten. Zur gründlichen Vorbereitung der Ausbildung werden die vorausgehenden Kadervorkurse für Offiziere auf 7 und für Unteroffiziere auf 4 Tage verlängert.

Die Kurse im Truppenverband

Für die WK des Jahres 1960 sehen die neuen Weisungen die bisher maßgebenden vier WK-Typen nicht mehr vor. Es ist in Zukunft Sache der Heereseinheitskommandanten, das Ausbildungsschwergewicht für jeden WK zu bezeichnen und eine sinnvolle Aufteilung des Arbeitsstoffes für mehrere Jahre anzuordnen.

In diesem Jahr sind zwei große Heereseinheitsmanöver vorgesehen: im Oktober für die 8. Division und die Gebirgsbrigade 10 unter Leitung von Oberstkorpskommandant Nager, im November für die 4. und die 7. Division unter Leitung von Oberstkorpskommandant Thomann.

In den Ergänzungskursen der Grenzbrigaden 3, 5, 7 und 12, der Festungsbrigade 13 und der Reduitbrigade 21 erhält nun auch die Landwehrinfanterie das neue Maschinengewehr Modell 1951. Die Flugwaffe schult zwei Fliegerstaffeln auf neue Flugzeuge um: eine Staffel auf Venom-, die andere auf Hunter-Flugzeuge. Die entsprechenden Fliegerkom-

pagnien und Reparaturformationen werden auf die Wartung dieser Flugzeuge und den Reparaturdienst umgeschult. Drei weitere Regimenter der Fliegerabwehrtruppen werden radarisiert und damit sechs Scheinwerferkp. in Flab-Radarkp. umgewandelt.

Als die Truppenordnung 1951 zweiundzwanzig selbständige Infanteriebataillone schuf, die keinem Regiment angehören, verfügte das EMD, diese Bat. seien für Ausbildung und personelle Angelegenheiten einem Infanterieregiment des Auszuges zuzuweisen. Von drei WK sollen diese Bataillone zwei mit diesem Auszugsregiment leisten und einen im Verband der Grenz-, Festungs- oder Reduitbrigade, der sie angehören. Jede andere Verwendung dieser Bataillone ist untersagt. Entgegen dieser Verfügung wird 1960 das selbständige Füs.-Bat. 58 als Übungstruppe an die Schießschule Walenstadt kommandiert, nimmt das Füs.-Bat. 64 an den Manövern der 7. Division teil und das Füs.-Bat. 78 wird zusammen mit der 6. Division auf Sturmgewehr umgeschult.

Neue Formationen

Gemäß Aufgebotsplakat für die WK 1960 rücken dieses Jahr erstmals zwei neue Centurion-Panzerabteilungen 11 und 13 ein. Die Aufstellung dieser beiden Abteilungen erfolgte auf dem Wege der verstärkten Rekrutenausbildung, im Gegensatz zu der bisherigen Methode der Auflösung und Umschulung bestehender Formationen. Während aber seinerzeit bei Aufstellung der beiden Panzerabteilungen 12 und 14 auch zwei besondere Panzersappeurkompagnien gebildet wurden, vermißt man entsprechende Genieeinheiten für die neuen Panzerabteilungen. Unsere Armee umfaßt nun an Panzerformationen: 4 Panzerabteilungen «Centurion», 4 Leichte Panzerabteilungen AMX und 3 Panzerjägerabteilungen G 13, total 11 Abteilungen mit 33 Kampfeinheiten und 11 Stabsinheiten. Bei den Fliegertruppen treten neu der Fliegereinsatzstab 5 und das Zielfliegerkorps 5 in Erscheinung.

Die zunehmende Bedeutung der Verbindungen kommt zum Ausdruck im Auftreten einer neuen Übermittlungskp. 72, einer Übermittlungsabteilung 8, einer Landsturmfunckerkp. 59 und mehrerer Grenzübermittlungskompagnien für die 1960 zum Ergänzungskurs aufgebotenen Grenzbrigaden. An Stelle der Brieftaubendetachemente nennt das Aufgebotsplakat eine Brieftaubenkompagnie 5, und die bisherigen HD-Eisenbahndetachemente für elektrische Anlagen sind ersetzt durch HD-Eisenbahn-Fahrleitungsdetachemente. Für die neu aufgestellten Veterinärabteilungen 1—7 sind 6tägige Kadereinführungskurse vorgesehen.

Schließlich sind noch zwei wesentliche Neuerungen in der Ausbildung des Fachpersonals zu erwähnen. Die Ausbildung der Panzermechaniker erfolgt nicht mehr durch die Leichten Truppen, sondern von 1960 an,

zusammen mit den Elektrikern und Stabilisatormechanikern, in Mechanikerschulen der Kriegstechnischen Abteilung. Ferner werden von 1960 an die Mechanikerrekruten aller Art, die übrigen Truppenhandwerker und die Offiziersordonnanzen nicht mehr mit dem Karabiner, sondern mit der Pistole ausgerüstet. Auch die Unteroffiziersschüler der Mechaniker und Truppenhandwerker werden auf Pistole umgeschult, wogegen die übrigen bereits ausgebildeten Angehörigen des Fachpersonals den Karabiner behalten, selbst in den mit dem Sturmgewehr ausgerüsteten Einheiten. Im Interesse der Einführung des Sturmgewehrs wäre es wünschenswert, daß auch die Waffenmechaniker der Infanterie und der Leichten Truppen das Sturmgewehr erhalten.

Miles

